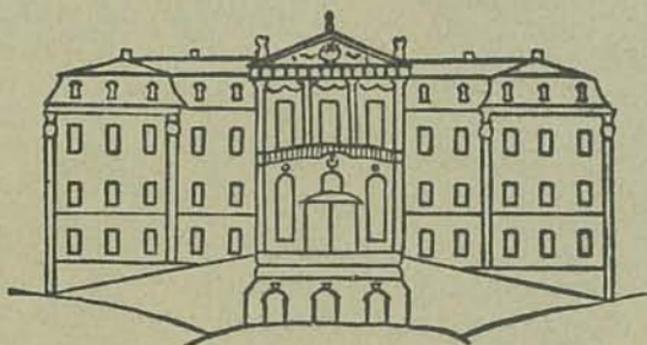


Hefte aus Burgscheidungen

Heinz Büttner

Geordnete Beziehungen -
Grundlage gedeihlicher Zusammenarbeit
zum Wohle des Volkes

Das Wirken der CDU bei der Normalisierung des Ver-
hältnisses der Kirchen zum Staat in den Jahren 1958-1961



143

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospisil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU – Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn – Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 82/83 Siegfried Welz: Lateinamerika tritt auf den Plan
- 84/85 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Christliche Existenz in der sozialistischen Ordnung
- 87 Zu weiteren Erfolgen in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft
- 88 Johannes Oertel: Die Welt des Landesbischofs Lilje – Eine Auseinandersetzung
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 94 Gerald Götting: Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns
- 95 Wolfgang Heyl: Glanz und Elend der Adenauer-CDU
- 98 Gerald Götting: Wir stärken die politisch-moralische Einheit unseres Volkes
- 99/100 Siegfried Welz: Auf Sand gebaut – Die amerikanischen „Europa“-Pläne nach 1945
- 102 Alwin Schaper: Der Sieg der nationalen Selbstbestimmung im Zeitalter des Sozialismus
- 103 Heinz Willmann: Friedensidee und Friedensbestrebungen in unseren Tagen

Hefte aus Burgscheidungen

Heinz Büttner

Geordnete Beziehungen - Grundlage gedeihlicher Zusammenarbeit zum Wohle des Volkes

Das Wirken der CDU bei der Normalisierung des Verhältnisses der Kirchen zum Staat in den Jahren 1958-1961



1965

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union

Vorwort

Die nachfolgende Arbeit stellt sich die Aufgabe, den Prozeß der Normalisierung des Verhältnisses der Kirchen zur Staatsmacht in der Deutschen Demokratischen Republik im Zeitraum von 1958 bis 1961 zu untersuchen. Wenn in diesem Zusammenhang von der Notwendigkeit einer Normalisierung gesprochen wird und werden muß, so ist darunter einerseits die konsequente Verwirklichung des Prinzips der Trennung von Staat und Kirche, einer nicht erst etwa seit 1945 und nicht nur von der Arbeiterbewegung erhobenen Forderung, zu verstehen. Andererseits muß von der Notwendigkeit gesprochen werden, gleichzeitig gute, einer friedlichen und sozial gesicherten Entwicklung dienende Beziehungen zwischen diesen beiden Institutionen herzustellen.

Trennung von Staat und Kirche bedeutet ja keinesfalls etwa eine völlige Beziehungslosigkeit zueinander. Wenn unter sozialistischen Bedingungen der Grundsatz der Trennung von Staat und Kirche verwirklicht wird, ist – sofern die Bereitschaft der Kirchen vorhanden ist – auch die Möglichkeit für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit in allen gemeinsam interessierenden Fragen gegeben. Unter der Arbeiter- und Bauern-Macht bedeutet die Verwirklichung des Prinzips der Trennung von Staat und Kirche niemals „Gleichschaltung“ der Kirchen, da der sozialistische Staat eine scheinreligiöse Rechtfertigung seiner inneren Ordnung ablehnt und einer pseudo-„christlichen“ Rechtfertigung seiner Politik nicht bedarf. Zugleich hat im sozialistischen Staat eine mit administrativen Methoden betriebene Auseinandersetzung mit solchen Kirchen, die die Gesetze dieses Staates respektieren, oder gar ein „Kirchenkampf“ keinen Platz.

Die allmähliche Ausformung des Verhältnisses der Kirchen zum Staat ist seit 1945 auf dem Gebiet unserer DDR völlig anders verlaufen als die Entwicklung auf dem Territorium der westdeutschen Bundesrepublik. Während in der westdeutschen Bundesrepublik der Weg der Neuaufgabe der unseligen Allianz von Thron und Altar, von Kanzel und Bajonett in Gestalt der Militärkirche, der NATO-Kirche, beschritten wurde, vollzog sich – in ständiger Auseinandersetzung mit dieser Entwicklung und den von ihr ausgehenden Einflüssen – in unserer Republik auf der Grundlage der entscheidenden Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse ein Prozeß ständiger Erhöhung der gegenseitigen Achtung, wachsender Vertiefung der Zusammenarbeit von Staat und Kirche auf solchen Gebieten, die beide zugleich in die Verantwortung rufen.

Gewiß wird von Vertretern der kirchenleitenden Kreise in beiden deutschen Staaten seit langem von der „Kirche in der sich wandelnden Welt“ gesprochen; jedoch kann ein echter Wandel in der Haltung der Mehrzahl der kirchlichen Amtsträger und in der Stellung der Christen zu ihrem Staat nur im Bereich unserer DDR verzeichnet werden. Dieser Normalisierungsprozeß ist in unserer Republik noch nicht abgeschlossen. Er ließ auch über weite Zeitstrecken hin erhebliche Unterschiede des Entwicklungstempos und der Intensität zwischen der evangelischen Kirche, der katholischen Kirche und den übrigen Religionsgemeinschaften deutlich werden, und er zeigt diese quantitativen und qualitativen Unterschiede noch heute.

Eine exakte Beurteilung des bisherigen Prozesses offenbart bereits jetzt, daß es die Laien, die Gemeindeglieder und eine bestimmte Anzahl Geistlicher waren und sind, die unter dem maßgeblichen Einfluß der Christlich-Demokratischen Union der DDR erkannten, daß sich die Christen und ihre Kirchen einer sich wandelnden Welt stellen müssen, daß sie den Weg vom Gewohnten zum Neuen, zum heute Geforderten zu gehen gerufen sind. In der praktischen vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Vertretern der Arbeiterklasse, mit den Marxisten, erwiesen sich die Gemeinsamkeiten auf ethischem und sozialem Gebiet sowie in politischen und wirtschaftlichen Auffassungen. Es kann mit Recht von einem Brückenschlag des Vertrauens gesprochen werden, dessen Zustandekommen sich letztlich aus dem Wesen unseres sozialistischen Staates und seiner Friedenspolitik ergibt.

Die nachfolgende Arbeit hat auch die Aufgabe, die Rolle der CDU in diesem Prozeß zu untersuchen. Unsere Partei hat damit einen nicht unwesentlichen Anteil zur Herausbildung und Festigung der politisch-moralischen Einheit unseres Volkes geleistet, und sie leistet ihn noch. Zugleich fordert der Titel der Arbeit, die Entwicklung der echten Gemeinschaft von Marxisten und Christen in der DDR zu verfolgen, die mit dem Prozeß der Normalisierung des staatlich-kirchlichen Verhältnisses einherging und noch einhergeht: Die Entwicklung dieser Gemeinschaft förderte den Normalisierungsprozeß ungemain, so daß nun von einer neuen Qualität des Miteinander gesprochen werden kann.

Der oben in seiner Bedeutung gewürdigte Prozeß vollzog sich auf zwei Ebenen, nämlich der offiziell staatlichen und der gesellschaftlichen. Die Vertreter des Staates waren es, die mit den Mitteln des Staates und auf der staatlichen Gesprächsebene Wege suchten und beschrritten, um im Interesse der weiteren Konsolidierung unserer inneren Verhältnisse und angesichts der bedrohlichen Entwicklung in der westdeutschen Bundesrepublik zu normalen Verhältnissen zu den Kirchen zu gelangen und um zu verhindern, daß die Kirchen in der DDR zum „Brückenkopf“, zur „Fünften Kolonne“ der NATO werden.

Außerdem zeichnete sich — auch von diesem staatlichen Prozeß beeinflusst — auf der gesellschaftlichen Ebene mehr und mehr die Entwicklung ab, daß die Christen selbst auf den Plan traten und zur Abwehr der sowohl für die sozialistische Entwicklung als auch für die Kirchen gefährlichen Einflüsse der westdeutschen Militärkirchen beitrugen. Auch das bewirkte eine stetige Festigung der Gemeinschaft zwischen Christen und Marxisten und förderte — gleichsam von unten her — die Herstellung und Stabilisierung eines vertrauensvollen Verhältnisses zwischen Staat und Kirche. Hierbei ging die CDU zielstrebig voran; damit ebnete sie zugleich den Christen der DDR in erheblichem Maße den Weg in den Sozialismus, in eine sichere Zukunft.

Die vorliegende Arbeit gibt der letzteren, der gesellschaftlichen Linie des Normalisierungsprozesses den Vorrang. — Der Verfasser beschränkt sich bei der Darstellung des Prozesses im wesentlichen auf die evangelische Kirche, weil sich die gesellschaftliche Wirksamkeit des Bemühens um Normalisierung hier am stärksten äußerte und am deutlichsten sichtbar wurde. Das geschieht auch angesichts der Bedeutung der evangelischen Kirche in der DDR. — Natürlich kann nicht jede einzelne Entwicklungsphase im Detail nachgezeichnet werden; vielmehr muß sich die Arbeit auf die in der Gliederung angeführten Hauptereignisse beschränken. Es können also nicht alle Synoden, Tagungen christlicher Laienkräfte, Kirchentage, nicht alle Sitzungen des Hauptvorstandes der CDU und seines Präsidiums näher beleuchtet werden.

Die Arbeit wählt die Jahre 1958 bis 1961 aus, weil diese Jahre in der Entwicklung des Verhältnisses von Staat und Kirche äußerst bedeutungsvoll gewesen sind. In der Deutschen Demokratischen Republik war 1957/58 die Errichtung der Grundlagen des Sozialismus abgeschlossen und der entfaltete Aufbau des Sozialismus begonnen worden. In der Bonner Bundesrepublik war bis zu diesem Zeitpunkt der Prozeß der Restauration der alten Gesellschafts- und Machtverhältnisse soweit vorangeschritten, daß der westdeutsche Imperialismus nun immer offener Kurs auf die Liquidierung der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges nahm. Der Militärseelsorgevertrag war 1957 abgeschlossen worden. Auf dem Gebiet der kirchenpolitischen Nachkriegsentwicklung war damit die zweite Etappe (vgl. S. 16) beendet. — In dieser schwierigen nationalen Situation bewährte sich in ganz besonderer Weise die Festigkeit der Zusammenarbeit von Marxisten und Christen, erwies sich zugleich die Stabilität der politisch-moralischen Einheit unseres Volkes.

1. Die grundsätzliche Haltung des sozialistischen Staates zur Kirche und zur Religionsausübung

In der am 19. August 1866 im damaligen Chemnitz erfolgten Gründungstagung der „Demokratischen Partei“ wurde, wie August Bebel in „Aus meinem Leben“ berichtet, ein Programm angenommen, das eine Anzahl „Forderungen der Demokratie“ enthielt. Die vierte Forderung dieses Programms lautet:

„Hebung der leiblichen, geistigen und sittlichen Volksbildung, Trennung der Schule von der Kirche, **Trennung der Kirche vom Staat und des Staates von der Kirche.**“ (Hervorhebung d. d. Verf..)¹⁾

Daraus geht hervor, wie alt die Forderung nach Verwirklichung des Prinzips der Trennung der Kirche vom Staat und umgekehrt ist. Dem Wesen nach ist sie eine Forderung der bürgerlich-demokratischen Revolution. Das auf dem Eisener Kongreß (1869) verabschiedete „Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands“ enthielt gleichfalls unter III/5 die Forderung nach „Trennung der Kirche vom Staat und Trennung der Schule von der Kirche“.²⁾

Auf der Sitzung des Deutschen Reichstages am 19. Juni 1872 deckte August Bebel als Abgeordneter der jungen Sozialdemokratie, wie er selbst schreibt, auf, was zu seiner Zeit unter der „religiösen Frage“ zu verstehen war und welche Klasseninteressen dahinter standen. Bebel selbst schreibt über seine damaligen Ausführungen:

„Keiner Frage wurde seit längerer Zeit soviel Aufmerksamkeit geschenkt, als der religiösen Frage. Freilich, die religiösen Auffassungen stünden in inniger Verbindung mit dem sozialen und politischen Zustand eines Volkes. Sei das Zentrum im Hause so stark vertreten, so nicht etwa bloß seiner religiösen Anschauungen wegen, sondern namentlich auch wegen der sozialen und politischen Interessen, die es vertrate.“³⁾

Weiter unten fährt Bebel fort:

„Der ganze Kampf sei, soweit die Religion in Frage komme, nur ein Scheinkampf, in Wahrheit bedeute er den Kampf um die Herrschaft im Staate. Wolle die liberale Bourgeoisie ehrlich den Fortschritt, müsse sie mit der Kirche brechen, denn die Bourgeoisie habe in Wahrheit keine Religion. Für sie sei die Religion nur Mittel zum Zweck, um die Autorität zu stützen, die sie brauche, und um in den Arbeitern willige Ausbeutungsobjekte zu erziehen.“⁴⁾

¹⁾ August Bebel: Aus meinem Leben, Berlin 1946, Band I, S. 148f.

²⁾ ebenda, Band II, S. 81

³⁾ ebenda, Band II, S. 211f.

⁴⁾ ebenda

Bebel erkannte also sehr genau, wozu in der sozial-ökonomischen Formation des Kapitalismus die religiösen Auffassungen mißbraucht werden: Sie werden der Verwirklichung der Klasseninteressen der Bourgeoisie dienstbar gemacht. Am Schluß der angeführten Rede leitet Bebel aus dieser Erkenntnis die Forderung ab:

„Man errichte ein auf der Höhe der Zeit stehendes Bildungssystem, man trenne den Staat von der Kirche, man verweise die Kirche aus der Schule...“⁵⁾

In einem Aufsatz in „Nowaja Shisn“ (Nr. 28) vertritt Lenin die Ansicht:

„Den Staat soll die Religion nichts angehen, die Religionsgemeinschaften dürfen mit der Staatsmacht nicht verbunden sein. Jedem muß vollkommen freistehen, sich zu jeder beliebigen Religion zu bekennen oder gar keine Religion anzuerkennen, d. h. Atheist zu sein, was ja auch jeder Sozialist in der Regel ist. Alle rechtlichen Unterschiede zwischen den Staatsbürgern je nach ihrem religiösen Bekenntnis sind absolut unzulässig.“⁶⁾

Im gleichen Aufsatz an anderer Stelle gelangt Lenin dann zu der Feststellung:

„Vollständige Trennung der Kirche vom Staat – das ist die Forderung, die das sozialistische Proletariat an den heutigen Staat und die heutige Kirche stellt.“⁷⁾

In einem Artikel „Klare Front“, veröffentlicht in „Die Rote Fahne“ vom 1. April 1928, läßt Ernst Thälmann die enge, für beide Teile schädliche Liederung von Staat und Kirche mit folgenden Worten deutlich werden:

„Preußen ist bereit, ebenso wie es Bayern getan hat, ein Konkordat mit der Kirche abzuschließen, daß der Kirche noch mehr Rechte einräumt und statt Trennung von Staat und Kirche vollständige Verkopplung von Staat und Kirche zum gemeinsamen Kampf gegen die werktätigen Massen herbeiführt.“⁸⁾

Weiter unten fährt Thälmann fort:

„Gerade auch in diesen Fragen der Kultur, der Kirche, der Regierung kann es keine Gemeinschaft mit der herrschenden Klasse geben, auch in diesen Fragen steht die Front der Ausgebeuteten gegen die Front der besitzenden Klasse und ihre Helfershelfer.“⁹⁾

Thälmann charakterisiert damit für die ersten Jahrzehnte des zwanzigsten Jahrhunderts, mit welcher historischen Berechtigung das Proletariat das Bündnis zwischen Staat und Kirche, das kirchengeschichtlich für das gesamte „Konstantinische Zeitalter“ kennzeichnend ist, verurteilt und die Trennung zu fordern verpflichtet ist.

⁵⁾ ebenda

⁶⁾ Lenin: Über die Religion, Berlin 1958, S. 7

⁷⁾ ebenda; S. 8

⁸⁾ E. Thälmann: Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1958, Band I, S. 573

⁹⁾ ebenda, S. 574

Die verhängnisvollen Folgen der Verflechtung von Kirche und Staat in der Vergangenheit fordern in beiderseitigem Interesse die Trennung. Für die Kirche war und ist eine solche Verflechtung deshalb schädlich,

weil sie die Kirche zwingt, die staatliche Macht zu sanktionieren, Kriege zu rechtfertigen und die wirtschaftlichen Interessen der Ausbeuterklassen zu vertreten;

weil Aussagen der christlichen Lehre mit der Ideologie der herrschenden Klasse verflochten, das heißt dieser dienstbar gemacht werden und infolgedessen die christliche Lehre an Glaubwürdigkeit einbüßen muß;

weil eine solche enge Verflechtung kirchenleitende Kräfte daran hindert, die gesellschaftliche, politische und wissenschaftliche Entwicklung richtig zu beurteilen, und

weil schließlich die Kirche selbst auf der Grundlage ihrer wachsenden ökonomischen Stärke zu einer politisch starken Einrichtung wird, die mittelbar oder auch unmittelbar ausbeutet, Machtansprüche stellt und letztlich auch weltliche Macht ausübt.

Das Wesen der Verflechtung von Kirche und Staatsmacht stellt also immer, ganz gleich in welcher Formation der Klassengesellschaft, die Einbeziehung der Kirche in den Herrschaftsmechanismus der jeweils herrschenden Klasse dar. Das Verhältnis eines sozialistischen Staates zu den Kirchen ist dagegen dem eines Ausbeuterstaates völlig entgegengesetzt. Das Herrschaftsinstrument der Mehrheit des Volkes, der sozialistische Staat, bedarf zur Verwirklichung seiner Interessen und Ziele nicht der kirchlichen „Verbrämung“ seiner Maßnahmen. Er bedarf keiner „ideologischen Hilfe“ durch die Kirchen und hat keinerlei „Indienstnahme“ der Kirchen für seine Zwecke und Ziele nötig. Die Trennung von Staat und Kirche entspricht dem Wesen des sozialistischen Staates. Mit den Bestimmungen der Verfassung der DDR, des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden, ist Klarheit über die Stellung der Kirchen in unserem Staat geschaffen und zugleich die Möglichkeit dafür geboten, daß die Christen als Glieder der Kirchengemeinde in neuer Weise das Leben in den Kirchen gestalten, aber auch ihren Dienst als Bürger des sozialistischen Staates im Sinne des sozialen Fortschritts und der Mithilfe bei der Lösung der Lebensfragen des Volkes verrichten können.

In diesem Zusammenhang wurde und wird hin und wieder der Einwand erhoben, daß die Verbreitung atheistischer Anschauungen unter den Werktätigen durch die Partei der Arbeiterklasse und andere Einrichtungen den Verfassungsbestimmungen widerspreche. Solche Einwände übersehen absichtlich oder unabsichtlich, daß die Verfassung der DDR sowohl die Freiheit der kirchlichen Tätigkeit als auch die Freiheit der antireligiösen Propaganda garantiert. Die Partei der Arbeiterklasse hat niemals die Absicht, die Religion etwa mit Verboten oder durch Gewaltakte zu beseitigen. Einzig

und allein mit geistigen Waffen betreibt die Arbeiterklasse durch ihre marxistisch-leninistische Partei die Auseinandersetzung der atheistischen Weltanschauung mit der Religion. Bei Scheler heißt es hierzu:

„Die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft erfordert sowohl ein hohes wissenschaftliches Bewußtsein der Arbeiterklasse und damit den unversöhnlichen Kampf gegen Religion und Fideismus als auch die Teilnahme der breiten Massen der mit all den Muttermalen und geistigen Vorurteilen aus der kapitalistischen Gesellschaft behafteten Werktätigen und damit die Vereinigung mit allen, auch den religiös eingestellten Werktätigen im Kampf um den Sozialismus. Das bedeutet keineswegs ein ‚prinzipienloses‘ Schwanken zwischen ‚konsequentem Atheismus‘ und ‚opportunistischer Nachsicht‘ gegenüber der Religion, sondern spiegelt einen wirklichen Widerspruch des lebendigen Lebens wider.“⁴⁰⁾

Scheler läßt überdies deutlich werden, daß die Klassiker des Marxismus-Leninismus den „politischen Krieg gegen die Religion“ gerade nicht gefordert, ja nicht einmal gebilligt, sondern bedingungslos verworfen haben. Sie hielten jedoch, wie Scheler schreibt, für unbedingt nötig, die Abwehr des konterrevolutionären Mißbrauchs der Religion und der religiösen Einrichtungen gegen die sozialistische Staatsmacht zu organisieren.

Dr. Otto Nuschke äußerte sich zu dieser Frage am 5. Dezember 1955 vor dem Hauptvorstand der CDU wie folgt:

„Eine andere Frage, die die deutsche Christenheit heute besonders bewegt, ist die der weltanschaulichen Auseinandersetzungen. Die Zusammenarbeit der sozial fortschrittlichen Christen mit den Marxisten wird von der Tatsache bestimmt, daß allein die Arbeiterklasse und ihre Partei in der Lage sind, eine neue gesellschaftliche Ordnung zu schaffen und damit das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit zu realisieren.“

Diese Zusammenarbeit beginnen die fortschrittlichen Christen im Wissen um die weltanschaulichen Positionen des Marxismus, und ich habe oft genug betont, daß diese und die christlichen unüberbrückbare Unterschiede aufweisen. Die Schuld der Christenheit gegenüber den gesellschaftlichen Problemen der letzten Jahrhunderte ist aber so groß und die Konzeption des Marxismus von der neuen Gesellschaftsordnung so klar und von solcher Dynamik, daß die Unterschiede in den weltanschaulichen Fragen nicht zum Gegenüber von Christen und Marxisten in den gesellschaftlichen Fragen führen müssen und nicht führen dürfen. Es kommt hinzu, daß die weltanschaulichen Fragen in letzter Instanz von jedem einzelnen selbst entschieden werden müssen, und diese Gewähr ist im Sozialismus, und im Sozialismus eigentlich zum erstenmal, gegeben.“⁴¹⁾

In einem Beitrag „Trennung von Kirche und Staat als

⁴⁰⁾ Scheler: Der Marxismus-Leninismus über Religion und Kirche, Leipzig/Jena 1957, S. 42

⁴¹⁾ zit. nach: Zu den Beziehungen zwischen Kirche und Staat in der DDR, Berlin 1956, S. 11

kirchliche Aufgabe“ von Oberkirchenrat Gerhard Lotz heißt es am Schluß:

„Staat und Kirche sind getrennt. Sie leben jedoch miteinander. Sie begegnen sich im einzelnen, der zugleich Staatsbürger und gläubiges Gemeindeglied ist. Die Ordnungsprinzipien von Staat und Kirche liegen in verschiedenen Dimensionen. Während es Aufgabe des Staates ist, Recht und Gerechtigkeit zu wahren, und die Wohlfahrt der Bürger zu fördern, hat die Kirche nur einen Auftrag: die Predigt von der frohen Botschaft. Je klarer auch in den äußeren Ordnungen, deren die Kirche bedarf, solange sie in dieser Welt ihren Dienst tut, der Verschiedenheit dieser Dimensionen Rechnung getragen ist, um so befriedeter werden Staat und Kirche, jeder in seinem Bereich, der Allgemeinheit dienen.“⁴²⁾

Die Behandlung des Prinzips der Trennung von Staat und Kirche allein genügt jedoch zum Verständnis der Problematik nicht. Um das Wirken der CDU der DDR bei der Normalisierung des Verhältnisses der Kirchen zum Staat als spezifischen Beitrag zur Herausbildung und Festigung der politisch-moralischen Einheit unseres Volkes richtig zu begründen, ist es notwendig, sich mit der Bündnispolitik der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Partei sowie deren programmatischen Grundlagen zu befassen; denn auch von dort her ist der Antrieb für eine enge Zusammenarbeit von Marxisten und Christen gegeben.

Die Gewinnung von Bundesgenossen für den Kampf um die Erringung der politischen Macht war schon 1848, als die Arbeiterbewegung sich in Deutschland noch herausbildete und die Arbeiterklasse sich ihrer politischen Macht erst bewußt wurde, von besonderer Wichtigkeit, so daß Marx und Engels bereits damals ein Bündnis mit den fortschrittlichen Kräften des Bürgertums für möglich hielten und auch in Erwägung zogen.

Lenin hob in seinen Werken „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie...“ und „Der linke Radikalismus – die Kinderkrankheit des Kommunismus“ im Hinblick auf die Epoche des Imperialismus hervor,

„daß man alle Kräfte, alle Gruppen, Parteien, Klassen, Massen, die innerhalb des Landes wirken, in Rechnung stellen müsse, daß man die Politik keineswegs nur auf Grund der Wünsche und Ansichten, des Grades des Klassenbewußtseins und der Kampfbereitschaft nur einer Gruppe oder Partei bestimmen dürfe.“⁴³⁾

In der deutschen Arbeiterbewegung zeichnete sich allerdings erst nach der Herausbildung des leninistischen Zentralkomitees der KPD unter Führung Ernst Thälmanns eine breite Inangriffnahme der Fragen der Bündnispolitik ab; das

⁴²⁾ in: Zehn Jahre CDU, Berlin, S. 284

⁴³⁾ zit. nach: W. Ulbricht, Referat zum Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, in: Einheit, Sonderheft August 1962, S. 33

Programm zur nationalen und sozialen Befreiung (1930) und das Bauernhilfsprogramm der KPD (1931) waren der Anfang einer breiten Bündnispolitik. Für die Arbeiterklasse ergab sich die objektive Notwendigkeit, die Basis für den Kampf gegen die heraufziehende faschistische Gefahr zu verbreitern. Auf dem XI. Parteitag der KPD am 4. März 1927 entwickelte Ernst Thälmann folgende Grundsätze:

„Wir haben uns in unseren Beratungen auf dem Essener Parteitag von dem Gedanken leiten lassen, daß nur dann die Arbeiterklasse in Deutschland ernste Kämpfe zum Sturz der Bourgeoisie durchführen kann, wenn ein Motor, eine treibende Kraft vorhanden ist, d. h. eine Partei, die sich ihrer Pflicht gegenüber der Arbeiterschaft bewußt ist. Diese Partei ist die Kommunistische Partei. Wir sind fest überzeugt, daß das die sozialdemokratischen und die christlichen Arbeiter, die wir in dieser Verbindung auch nicht vergessen wollen, immer mehr erkennen werden.

Daß breite Massen dies bereits erkannt haben, beweist nicht nur dieses Dokument, sondern auch der zahlreiche Besuch sozialdemokratischer, christlicher und parteiloser Funktionäre auf der Tribüne unseres Parteitages.“¹⁴⁾

Er fährt später fort:

„Die Voraussetzungen dafür gilt es zu schaffen: eine wirklich ernste und revolutionäre Einheitsfront, Bündnis der Werktätigen in Stadt und Land und revolutionäre Massenaktionen unter Führung der KPD.“¹⁵⁾

Da der zur Macht gelangte Faschismus nicht nur eine Gefahr für die Arbeiterklasse war, sondern ebenso alle fortschrittlichen und demokratischen Kräfte aus den Kreisen des Bürgertums bedrohte, ergaben sich von 1933 an neue Voraussetzungen für eine Bündnispolitik der Arbeiterklasse bis weit in das Bürgertum hinein. Die KPD trug dem mit dem Beschluß ihrer Brüsseler Parteikonferenz (1935) Rechnung, in dem sie zum Zusammenschluß aller antifaschistischen Kräfte – ungeachtet ihrer sozialen Herkunft, ihrer Religion oder politischen Auffassungen – aufrief. Am 30. Juli 1936 wandte sich das Zentralkomitee der KPD mit einem offenen Brief an alle Katholiken in Deutschland, in welchem es heißt:

„Aufopfernd und heldenmütig kämpfen in unserer Heimat katholische Arbeiter, Werktätige und Geistliche gegen die Christenverfolgungen. ... Wir begrüßen diesen Kampf der Katholiken ... Euer Kampf, deutsche Katholiken, zur Verteidigung Eueres Glaubens, Euerer Organisationen und Eurer Kirche ist daher Sache aller Hitlergegner. Eine Schicksalsgemeinschaft verbindet Katholiken, Kommunisten, Sozialdemokraten und andere demokratische Kräfte ...

Ist es nicht nach dreieinhalb Jahren Hitler-Diktatur höchste Zeit, daß sich die Gegner Hitlers verständigen, damit Hitler nicht einzelne Truppenteile seiner Gegner getrennt schlagen kann? ... Wir sind überzeugt, daß durch persönlichen

¹⁴⁾ Ernst Thälmann in: Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1955, Bd. I, S. 480 f.

¹⁵⁾ ebenda, S. 482

Meinungsaustausch viel Mißtrauen und Voreingenommenheit überwinden werden kann.

Manche katholische Geistliche zweifeln an der Möglichkeit eines solchen Zusammengehens mit dem Hinweis auf die verschiedenen Weltanschauungen von Katholiken und Kommunisten ... Manche Katholiken haben an uns die Frage gerichtet, ob nicht ein Bündnis zwischen Katholiken, Kommunisten und Sozialdemokraten nach dem Sturz Hitlers zerbrechen würde. Wir sind demgegenüber überzeugt, daß ein Kampfbündnis von Kommunisten, Sozialdemokraten und Katholiken in einer deutschen Volksfront, das sich im Kampfe zum Sturz Hitlers festigen wird, auch nach Hitlers Sturz nicht weniger notwendig ist. Nach dem Sturze Hitlers müssen die Kräfte der Volksfront die demokratische Republik ein für allemal gegen alle faschistisch-reaktionären Angriffe sichern ...“¹⁶⁾

Die Volksfront-Politik der KPD führte schließlich zur Bildung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“, dem Marxisten und Christen angehörten. Auch nach der Niederbringung des Faschismus blieb die Volksfront-Politik das bestimmende Element in der Politik der KPD, wie sich das in der Initiative der KPD zur Bildung des Demokratischen Blocks in der damaligen sowjetischen Besatzungszone und später der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zeigte.

Diese Prinzipien des Zusammengehens von Marxisten und Christen sind die gleichen geblieben. In seiner bedeutsamen Rede auf der Tagung des Nationalrates der Nationalen Front vom 15. Februar 1965 erklärte der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, zum gemeinsamen Handeln der in der Nationalen Front vereinigten Kräfte u. a.:

„Ein Teil der Bürger ist vom Christentum zum Sozialismus gekommen. Dabei entstanden sehr komplizierte Probleme. In der Zusammenarbeit in der Nationalen Front haben wir den gemeinsamen Weg gefunden und gemeinsam manchen möglichen Fehler vermieden. Das sage ich zu Ehren der Nationalen Front.“¹⁷⁾

In einem Interview anlässlich des vierten Jahrestages des 9. Februar 1961 erklärte der evangelische Landesbischof D. Dr. Mitzenheim:

„Das christliche Menschenbild, wie es uns die Bibel zeigt, ist anders als das marxistische. Das ändert aber nichts daran, daß Christen und Marxisten in Lebensfragen unseres Volkes gemeinsam handeln können und sollen.“¹⁸⁾

¹⁶⁾ zit. nach: W. A. Schmidt, Damit Deutschland lebe, Berlin 1958, S. 664

¹⁷⁾ zit. nach: „Festes Bündnis aller Parteien“, in: „Union teilt mit“ Nr. 7/65, S. 8

¹⁸⁾ zit. nach: „Gemeinsame Verantwortung“, in: „Neue Zeit“ vom 9. 2. 1965

2. Der Anfang 1958 erreichte Entwicklungsstand im Prozeß der Herstellung normaler Beziehungen zwischen Staat und Kirche in der DDR

Das Verständnis für das konkrete Wirken der Christlich-Demokratischen Union in der DDR erfordert auch einige Ausführungen über die kirchenpolitische Nachkriegsentwicklung in Deutschland von 1945 an. Überblickt man die kirchenpolitische Nachkriegsentwicklung in bezug auf die evangelischen Kirchen in Deutschland, so gelangt man zu einer Unterscheidung in drei Etappen: Die erste dieser drei Etappen erstreckt sich auf die Zeit von 1945 bis 1949/50, die zweite umfaßt die Jahre von 1949 bis 1957 und die dritte die Jahre seit 1958 bis heute, also auch den durch das Thema dieser Arbeit festgelegten Zeitraum.

Die erste Etappe ist evangelischerseits gekennzeichnet durch einen positiven Ansatz, ausgehend und bestimmt vom „Stuttgarter Schuldbekennnis“ (August 1945), das einen „neuen Anfang in unseren Kirchen“ als notwendig bezeichnete. Eine Bestätigung dieser Proklamation geschah dann zwei Jahre später durch das „Darmstädter Wort des Reichsbruderrates“ der Bekennenden Kirche. Ebenso kann hier auch das Wort der evangelischen Kirchen zu den Landtagswahlen in den Ländern der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone vom November 1946 angeführt werden.

Die Befreiung vom faschistischen Joch sowie die Enthüllungen über das Ausmaß der faschistischen Barbarei führten allerorts zu einer bemerkenswerten Einsicht und Aufgeschlossenheit. In einem Vortrag „Über die politische Verantwortung der Kirche“ erinnerte zum Beispiel der damalige württembergische Dekan und spätere Bischof Theodor Haug an die mannigfaltigsten Steigbügeldienste der evangelischen Kirche gegenüber dem Nationalsozialismus. Er sagte wörtlich:

„Die parteipolitische Neutralität der Kirche stand praktisch vielfach auf dem Papier. Die Kirche hatte enge Beziehungen zu gewissen Parteien der Rechten, in denen die kirchlichen Anliegen beachtet und gewahrt schienen. Damit aber wurde – je länger, desto mehr – die parteipolitische Neutralität der Kirche ungläubwürdig und war tatsächlich aufgehoben.“¹⁹⁾

Haug zog daraus die Schlußfolgerung, eine positive, aufbauende und sachliche Politik zu treiben. Wörtlich forderte er:

„Für den christlichen Politiker ist es selbstverständlich, daß er sachlich entscheidet. Er wird also auch mit den Kommunisten stimmen, wenn der von dort ausgehende Antrag richtig ist.“²⁰⁾

Der damalige Superintendent in Güstrow und Vizepräsident der Landessynode der evangelisch-lutherischen Landeskirche Mecklenburgs, Siegert, unterstützte, wie so manche Geist-

¹⁹⁾ zit. nach: Prof. Dr. Hans-Hinrich Jenssen vor der III. Hauptvorstandssitzung der CDU, in „Neue Zeit“ vom 3. 4. 1965

²⁰⁾ zit. nach: ebenda

lichen, die Durchführung der Bodenreform. Superintendent Siegert schlug selbst die Pfähle bei der Landverteilung ein. Die Landesbischöfe Mitzenheim (Thüringen) und Beste (Mecklenburg) nahmen an der Volkskongreßbewegung teil. Es gab in der Tat eine echte Gemeinschaft beim Neuaufbau der so stark zerstörten Heimat. Insgesamt gesehen stand die evangelische Kirche den sich als notwendig ergebenden gesellschaftlichen Veränderungen aufgeschlossen gegenüber.

Die katholische Kirche nahm auf der Fuldaer Bischofskonferenz (21. bis 24. August 1945) in einem Hirtenbrief wie folgt Stellung:

„Wir beklagen es zutiefst: viele Deutsche, auch aus unseren Reihen, haben sich von den Lehren des Nationalsozialismus betören lassen. Schwere Verantwortung trifft jene, die auf Grund ihrer Stellung wissen konnten, was bei uns vorging, durch ihren Einfluß solche Verbrechen hätten verhindern können und es nicht getan haben.“²¹⁾

Von den Kräften der Arbeiterklasse und den anderen Aktiven der ersten Stunde wurden die Kirchen damals weithin als antifaschistischer Faktor beurteilt und gewertet. Im Raum der Kirche war gerade in den Jahren 1945 und 1946 viel von Buße und Wandlung die Rede. In der christlichen Bevölkerung war eine lebendige und positive Auseinandersetzung über die Notwendigkeit des demokratischen Neuaufbaus, ja selbst des Sozialismus im Gange.

Allerdings verflüchtigen sich bald das Schuldgefühl und der Wille zu einer echten Wandlung, und damit verstummten zugleich die Debatten über den Sozialismus. In kirchlichen Kreisen wurde nicht mehr von der gesellschaftlichen Neuordnung gesprochen, sondern zunehmend von der weltanschaulichen „Gefahr des Kommunismus“. Das sei hier mit folgendem – gewiß keiner Einzellerscheinung – näher belegt:

„Die Lage unserer Brüder im Osten ist von schwerem Ernste an Leib und Seele. Sie haben es größtenteils kümmerlich, und der Antichrist, den wir aus der Höllezeit kennen, beginnt in neuer Gewandung und Rüstung einen viel schwereren Angriff, vor allem auf die Jugend. Groß Macht und viel List sein grausam Rüstung ist.“²²⁾

Das sagte am 16. November 1949 der Erlanger Theologe Paul Althaus in seiner Sonntagspredigt. Welch höchst gefährliche, verhängnisvolle und grundfalsche Parallelen zwischen Antikommunismus und Antifaschismus! – Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang auch ein Passus aus einer Predigt des gleichen Geistlichen vom 13. Mai 1945:

„Man muß leider heute auch an das achte Gebot erinnern. Manche von uns in Erlangen sind mehr belastet als wir anderen, haben sich mit dem schuldbeladenen Regimente mehr eingelassen und mitgemacht. Aber wehe, wenn jetzt

²¹⁾ zit. nach: Christen und Kirchen in der DDR, Berlin 1964, S. 39.

²²⁾ zit. nach: Prof. Dr. Hans-Hinrich Jenssen vor der III. Hauptvorstandssitzung der CDU, a. a. O.

der Pharisäismus unter uns aufsteht, auf die anderen mit Fingern zu zeigen und sie gar anzugreifen und zu denunzieren. Wir haben es vielleicht einfach gehabt, uns fernzuhalten, nicht mitzutun. Sie standen möglicherweise unter einem Druck, den wir nicht erfahren haben. Wer durchschaute ihre Lage ganz? Was die Amerikaner mit ihnen tun, das ist ihre Sache. Für uns aber gilt das achte Gebot. Wir sollen unseren Nächsten entschuldigen, Gutes von ihm reden und alles zum besten kehren. Haben sie geirrt, ja tragen sie Mitschuld – die Liebe hat nicht Schadenfreude, sondern deckt den anderen.“²³⁾

Damit – und das ist wiederum nicht etwa eine Einzelerscheinung in den Jahren nach 1945 gewesen – wird aus einer falsch verstandenen christlichen Nächstenliebe die Unterstützung bei der Aufdeckung von Nazi- und Kriegsverbrechen durch den Mund der Kirche moralisch geächtet. Zugleich wurde damit der Boden für das Unterschlüpfen belasteter Nazis im kirchlichen Raum in Westdeutschland bereitet.

Hinzu kommt, daß, statt die durchaus guten Ansätze von Stuttgart und Barmen fortzuführen und zu einer umfassenden gesellschaftlichen Neuorientierung des deutschen Protestantismus auszuweiten und zu vertiefen – nur das konnte die einzig richtige Konsequenz sein –, die einzelnen Landeskirchen es zunächst für notwendig hielten, sich institutionell und organisatorisch zu festigen. Es wurden neue Verfassungen erarbeitet; 1948 erfolgte der Zusammenschluß der einzelnen evangelischen Landeskirchen zur „Evangelischen Kirche Deutschlands“ (EKD). Dieser institutionell-organisatorische Festigungsprozeß begünstigte außerordentlich das Wieder-aufleben jener restaurativen Tendenzen in der evangelischen Kirche. Dieser Prozeß wurde mit aller Deutlichkeit im Jahre 1949, dem Jahr der Zäsur zwischen dem ersten und dem zweiten Abschnitt der Nachkriegsentwicklung der evangelischen Kirche, sichtbar.

Die zweite Etappe der kirchenpolitischen Nachkriegsentwicklung (1950 bis 1957) ist dadurch gekennzeichnet, daß die restaurativen Kräfte immer mehr das Übergewicht erlangten, und zwar in Abhängigkeit davon, wie es den reaktionären politischen Kräften gelang, in Westdeutschland einflußreiche Machtpositionen Schritt für Schritt zurückzuerobern. Hier zeigt sich sehr deutlich die Wechselwirkung zwischen dem Streben der reaktionären politischen Kräfte, denen u. a. auch die Spaltung Deutschlands gelang, und dem der restaurativen Kräfte in der Evangelischen Kirche. In dieser zweiten Etappe wurde mit aller Deutlichkeit offenbar, was später Martin Niemöller (1958) so ausdrückte: Stuttgart hat für die Haltung der Evangelischen Kirche in Deutschland keine konstitutive, sondern nur eine deklamatorische Bedeutung gehabt.

In der Tat, in den Jahren seit 1950 zeichnete sich auf kirchlicher Seite eine Entwicklung ab, die für die deutsche Nation und für die Kirchen selbst höchst gefährlich werden mußte:

²³⁾ zit. nach: ebenda

Kirchenleitende Kräfte leisteten Hilfsdienste für die Absichten der westdeutschen Reaktion, die Einheit der demokratischen Kräfte in der DDR zu zerstören sowie die DDR zu unterhöhlen und damit zur „Einverleibung“ in den westdeutschen Separatstaat „reif“ zu machen. Es gelang zwar 1950 noch einmal, von der EKD-Synode von Weißensee aus ein „Wort zum Frieden“ ergehen zu lassen; aber schon auf der 1952 abgehaltenen Synode in Elbingerode überhörte die Mehrheit der Synodalen alle Warnungen vor der beginnenden Remilitarisierung in Westdeutschland, deren Schatten seitdem auf allen Synodaltagungen ruhte. Die Folge davon war und ist, daß alle vormaligen und alle dann hin und wieder abgegebenen Friedensdeklamationen der „EKD“ unglaubwürdig wurden.

Inzwischen hatten sich aber auch die verständigungsbereiten Kräfte in der evangelischen Kirche gesammelt. Auf der Außerordentlichen Synode 1956 in Berlin beispielsweise zeugte das Referat des damaligen Generalsuperintendenten Jacob (Cottbus) über „Das Ende des Konstantinischen Zeitalters“ davon, daß gewisse Teile der kirchenleitenden Kräfte sich zu besinnen und eine neue Plattform zu gewinnen suchten. In dem von dieser Synode verabschiedeten Wort wurden beide deutsche Regierungen als für den Christen zu respektierende Obrigkeiten im Sinne von Römer 13 bezeichnet. Dr. Otto Nuschke hatte sich auf der Hauptvorstandssitzung vom 5. Dezember 1955 zu diesem grundsätzlichen Problem deutlich geäußert:

„Die Basis für das kirchliche Leben in der DDR ist der Staat der Arbeiter und Bauern. Nur wenn diese Tatsache anerkannt wird, nur wenn die Kirchen die Tatsache anerkennen, daß sich die Entscheidung ihres Lebens auf dieser staatlichen Basis vollzieht, kann es zu einer Klärung aller zwischen Kirche und Staat stehenden Probleme kommen. Daran können die Kirchen nicht länger vorbeigehen. Die Kirchenführer können nicht länger meinen, die DDR sei ein Interregnum, das über kurz oder lang zu existieren aufgehört habe. Wenn sich einige Kirchenführer noch immer dieser Meinung hingeben, so täuschen sie sich; denn erstens ist die DDR ein souveräner Staat, und zweitens repräsentiert und verwirklicht sie zum erstenmal in der deutschen Geschichte die Forderung der sozialen Gerechtigkeit. Das sind die Kriterien, die die Solidarität und die Perspektive unseres Staates ausweisen.“²⁴⁾

Im Verlaufe seiner weiteren Ausführungen forderte Nuschke bereits auf dieser Hauptvorstandssitzung die Kirchen auf, eine Loyalitätserklärung gegenüber dem Staat abzugeben, was ja dann im Juli 1958 in Gestalt des „Kommuniqués“ geschah. „Mehr fordert der Staat nicht“, so Nuschke. Die in den Jahren 1950 bis 1957 und darüber hinaus sich immer mehr zuspitzende Situation sowie die Position unseres Arbeiter- und Bauern-Staates zu diesen Problemen sind treffend

²⁴⁾ zit. nach: Zu den Beziehungen zwischen Kirche und Staat in der DDR, Berlin 1956, S. 9

durch die Ausführungen von Otto Grotewohl auf der III. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am 28. März 1956 zum Verhältnis des Staates zu den Kirchen charakterisiert worden.

Bezeichnend für die restaurative Entwicklung in leitenden Kreisen der evangelischen Kirche in diesen Jahren ist das Einschwenken der Kirchentagsbewegung auf die Linie der Reaktion. Noch der Leipziger Kirchentag 1954 war eine echte Manifestation des Glaubens gewesen. Der darauf folgende Kirchentag in Frankfurt (Main) war demgegenüber durch ein erschreckend einseitiges politisches Engagement im Sinne der NATO-Politik gekennzeichnet, die vor allem durch die Brüskierung des damaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten Otto Nuschke offenbar wurde.

Einen einschneidenden und höchst gefährlichen Schritt vollzog die Synode der „EKD“ – und zwar unter Zustimmung der Mehrheit der Synodalen auch aus der DDR –, als sie im Frühjahr 1957 den Militärseelsorgevertrag mit der Regierung des westdeutschen Separatstaates abschloß, der die institutionelle Verflechtung der „EKD“ mit dem inzwischen erstarkten westdeutschen Militarismus und Revanchismus perfekt machte. Das war ohne Zweifel eine Provokation gegen die Friedenskräfte und ein Akt der Illoyalität gegenüber der DDR. Das führte allerdings bei vielen Geistlichen in der DDR zu einem Prozeß der Selbstbesinnung und bei den fortschrittlichen und friedlichen Christen der DDR zu erhöhter Aktivität. Dieser Prozeß leitete die dritte Periode (ab 1958) der kirchenpolitischen Entwicklung ein.

3. Das Wirken der CDU für die weitere Normalisierung der Beziehungen der Kirchen zur Staatsmacht in der DDR in der 1958 beginnenden dritten Etappe der kirchenpolitischen Nachkriegsentwicklung

Die politisch-ideologische und kirchenpolitische Position der CDU, die als bürgerlich-demokratische Partei 1945 gegründet worden, in den ersten Jahren ihres Bestehens in bestimmtem Maße unter den Einfluß großbürgerlich-kapitalistischer Führungskreise geraten war, sich im Verlauf des antifaschistisch-demokratischen und des sozialistischen Umwälzungsprozesses zunächst zu einer kleinbürgerlich-demokratischen und schließlich zu einer Partei, die den Sozialismus auf ihre Fahnen geschrieben hat, zu einer der Partei der Arbeiterklasse befreundeten und fest in die Nationale Front eingefügten Partei entwickelt hat, ist in jeder Beziehung eindeutig. Auch für den Übergang zur dritten Etappe der kirchenpolitischen

Nachkriegsentwicklung gilt hinsichtlich der Position der CDU das, was Otto Nuschke bereits auf der Hauptvorstandssitzung der CDU am 3. Oktober 1955 ausgeführt hatte:

„Die Position unserer Partei ist im kirchenpolitischen Raum eindeutig und klar, und sie ist einleuchtend. Wir stehen an der Seite der friedliebenden Kräfte der ganzen Welt, wir sind ein bedeutsamer Faktor in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, und wir ringen unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse um die gesellschaftliche Neuordnung unseres Vaterlandes. Wir gehören aber geistig nicht nur in die Traditionen der deutschen Christenheit, sondern wir stehen durch unsere Mitglieder im kirchlichen Raum und sind als Partei Vertreterin der berechtigten Interessen der christlichen Bevölkerung. Unsere geistige und ideologische Position wird unter diesen Umständen von der Auseinandersetzung mit allen restaurativen Kräften und dem Ringen um eine Neuordnung im christlichen Raum gekennzeichnet. Wir führen diese geistige Auseinandersetzung als Partei, und es ist klar, daß auch jedes einzelne Parteimitglied ihr nicht ausweichen kann.“²⁵⁾

Gerald Götting skizzierte die verhängnisvolle Entwicklung des Mißbrauchs des Christentums und der kirchlichen Organisationen auf der VI. Sitzung des Hauptvorstandes der CDU am 7./8. Juli 1961 mit folgenden Worten:

„Die Adenauer-Partei könnte das Christentum und kirchliche Organisationen nicht mißbrauchen, wenn es nicht in den Kirchen selbst Kräfte gäbe, die bereit wären, die unvergänglichen Werte des Christentums in den Dienst des deutschen Militarismus stellen zu lassen und oft dabei aktiv zu helfen.“²⁶⁾

Abgerundet wird die Darstellung der Position der CDU durch folgende Bemerkungen, die Generalsekretär Götting auf der XIV. Hauptvorstandssitzung der CDU am 26./27. Juni 1963 hierzu machte:

„Manche Pfarrer und andere Gemeindeglieder meinen, noch immer unverbindlich und abstrakt über das Verhältnis von Staat und Kirche diskutieren zu können, während sie zurückschrecken, wenn sie von der CDU auf ihre Verpflichtung zur Mitarbeit angesprochen werden. Genau aber das ist die Gretchenfrage. Beim umfassenden Aufbau des Sozialismus entscheiden nicht Worte, sondern Taten.“²⁷⁾

Weiter heißt es dort:

„Aber wir haben ein Interesse an der Zusammenarbeit aller Christen, denen es um die Erhaltung des Friedens und um die Gestaltung einer Gesellschaftsordnung geht, in der der Mensch wirklich des Menschen Freund und Bruder sein kann. Diese Zusammenarbeit muß zur Stärkung der politisch-moralischen Einheit unseres Volkes beitragen.“²⁸⁾

²⁵⁾ zit. nach: Zu den Beziehungen zwischen Kirche und Staat in der DDR, Berlin 1956, S. 8 f.

²⁶⁾ Bericht über die VI. Sitzung des Hauptvorstandes der CDU am 7. und 8. 7. 1961 in Leipzig, S. 7 f.

²⁷⁾ Hefte aus Burscheidungen, Nr. 98, S. 16

²⁸⁾ ebenda

Mit diesen Aussagen ist ein für allemal die Plattform und Haltung der CDU umrissen:

● Die CDU ist als politische Partei Mitgestalterin unserer gesellschaftlichen Verhältnisse, unseres sozialistischen Staates; sie ist Mitkämpferin bei der Vollendung des Sozialismus. Sie ist nicht Instrument einer Kirche; sie unterscheidet sich also in dieser Hinsicht grundsätzlich von den „christlichen“ Parteien in den bürgerlichen Staaten.

● Die CDU mischt sich nicht in innerkirchliche Belange ein. Sie sieht aber ihre Aufgabe und eine politische Notwendigkeit u. a. darin, die Geistlichen wie alle anderen Christen ständig an ihre staatsbürgerlichen Pflichten und ihre Verantwortung für die Zukunft zu mahnen sowie an die Mitwirkung bei der Lösung der gesellschaftlichen Aufgaben heranzuführen.

● Die CDU mobilisiert immer mehr Christen für die Mitwirkung bei der Herstellung fester und vertrauensvoller Beziehungen der Kirchen zu unserem Staat; sie arbeitet ständig daran, daß das Denken und Handeln der christlichen Bürger von der auf Frieden, gesellschaftlichen Fortschritt und friedliche, demokratische Wiedervereinigung gerichteten Politik unserer Republik bestimmt wird.

● Die CDU bezieht eindeutig Position gegen die reaktionäre Haltung einiger Kirchenleitungen. Sie verdeutlicht mit aller Entschiedenheit der christlichen Bevölkerung, daß jene reaktionären kirchenleitenden Kreise sich nicht auf die christliche Botschaft berufen können, wenn sie NATO-Politik betreiben. Immer wird die CDU den Mißbrauch des Christentums durch imperialistische Kräfte entlarven und gemeinsam mit allen anderen demokratischen Kräften den politischen Klerikalismus mit seinen Auswirkungen bekämpfen. Der Hauptstoß der politisch-ideologischen Arbeit der CDU richtet sich also gegen die westdeutsche Militärkirche.

● Die CDU erblickt ihre Verpflichtung darin, die Mitarbeit der Christen beim Aufbau des Sozialismus innerhalb der Nationalen Front, der wichtigsten Erscheinungsform der politisch-moralischen Einheit unseres Volkes, zu entwickeln, zu organisieren und ständig zu steigern. Sie ist bestrebt, die Christen zur bewußten Entscheidung für Frieden und Sozialismus zu führen sowie ihre Mithilfe an der Lösung der ökonomischen, politischen und kulturellen Aufgaben zu erlangen.

★

Im Manuskript „Thesen zur Geschichte der CDU“ heißt es:

„Immer wieder setzten sich die christlichen Demokraten in öffentlichen Erklärungen und Stellungnahmen, in Gesprächen mit Vertretern der Kirchenleitungen, in Aussprachen mit Geistlichen und Laienchristen, in Veranstaltungen der Nationalen Front und durch klärende Auseinandersetzung in den eigenen Reihen für die Schaffung der politisch-ideologischen Voraussetzungen einer Normalisierung des Verhältnisses der

Kirchen zu unserem Staat auf dem Boden der Friedenspolitik der DDR ein.“²⁹⁾

Auf der XIV. Sitzung des Hauptvorstandes der CDU am 26./27. Juni 1963 beurteilte Generalsekretär Götting rück-schauend die erzielten Erfolge mit folgenden Worten:

„Diese Tatsachen zeigen, daß diejenigen Christen in der DDR, die in den letzten Jahren immer klarer ihre Verpflichtung zur Mitarbeit erkannt haben, nicht nur bereit sind, auf unsere Stimme zu hören, sondern sich auch dankbar zeigen, wenn wir ihnen etwas aus dem großen Schatz der Erfahrungen mitteilen können, die wir in unserem nunmehr schon achtzehnjährigen Wirken gewonnen haben. Diese Tatsache beweist besser als alles andere, daß in unserem Verhältnis zu den Kirchen in den letzten Jahren manche erfreulichen Wandlungen eingetreten sind. Diese Erfolge sind uns nicht in den Schoß gefallen. Sie sind das Ergebnis eines unermüdlichen Ringens um eine gesellschaftliche Neuorientierung der Christenheit in unserem Vaterlande. Sie sind das Ergebnis der aufopferungsvollen Arbeit der vielen hunderttausend christlichen Bürger beim Aufbau unserer sozialistischen Volkswirtschaft; das Ergebnis des Wirkens unserer Abgeordneten und Staatsfunktionäre bei der Festigung der sozialistischen Demokratie; das Ergebnis der Bemühungen unserer Kulturschaffenden und Lehrer bei der Erziehung und Bildung des verantwortungsbewußten sozialistischen Menschen; das Ergebnis des Einsatzes unserer Partei bei der Stärkung der politisch-moralischen Einheit unserer Bevölkerung und der Vertiefung der Gemeinsamkeit mit allen humanistischen Kräften. Nicht so sehr theoretische Erörterungen, nicht Worte und Erklärungen allein – so wichtig sie sind – haben die gesellschaftliche Neuorientierung der übergroßen Mehrheit der Christen in unserem Staat Wirklichkeit werden lassen, sondern die Tat und die praktische Mitarbeit beim Aufbau des Sozialismus.“³⁰⁾

4. Die christlich-demokratischen und anderen kirchlich gebundenen Lehrer ließen sich nicht gegen den sozialistischen Staat und seine Politik ausspielen

Die Feststellung Göttings, daß in unserem Verhältnis zu den Kirchen in den letzten Jahren manche erfreulichen Wandlungen eingetreten sind, schließt die Tatsache ein, daß in den vorangegangenen Jahren ein hartes Ringen um solche Wandlungen in kirchlichen Kreisen notwendig war, daß einen hohen Einsatz der gesellschaftlichen Kräfte unter Führung der Partei der Arbeiterklasse und unter maßgeblicher Be-

²⁹⁾ Thesen zur Geschichte der CDU, als Manuskript gedruckt, Berlin 1965, S. 53/54

³⁰⁾ in: Hefte aus Burgscheidungen, Nr. 98, S. 14 f.

teilung der CDU erforderlich machte. In diesen Zusammenhang gehört vor allem die Abwehr einer Aktion reaktionärer Kreise der evangelischen Kirche, die zum Ziel hatte, die christlich bestimmten Lehrer gegen den Sozialismus in der DDR, also gegen ihren Staat und seine Politik zu manövrieren. Diese Vorgänge kulminierten in der „Gesamtdeutschen Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland“ im April 1958 und hatten folgende Vorgeschichte:

Auf der sogenannten Militärseelsorge-Synode des Jahres 1957 wurde bereits festgelegt, daß sich die nächste Synode mit der Frage „Kirche und Erziehung“ beschäftigen solle. Es bestand schon 1957 Klarheit darüber, daß mit einem solchen „weltanschaulichen“ Thema von der eigentlichen Gewissensnot in der evangelischen Christenheit in Deutschland, hervorgerufen durch die atomare Aufrüstung in Westdeutschland und verschärft durch den Abschluß des Militärseelsorgevertrages mit dem Bonner Staat, abgelenkt und statt dessen die DDR provoziert, ihre sozialistische Ordnung verunglimpft und ihre Friedenspolitik diskreditiert werden sollte. Von einer solchen Zielsetzung ließ sich der reaktionäre Teil der Synode und besonders in der Leitung der EKD bei der Wahl des Themas bestimmen.

Andererseits waren in den letzten Wochen vor der Synode 1958 beachtliche Aktionen der Friedenskräfte in der Evangelischen Kirche zu verzeichnen, die alles daransetzten, die Erörterung des Erziehungsthemas in der Synode zu verhindern und an seiner Stelle die Auseinandersetzung über die Frage der atomaren Aufrüstung zum Hauptgegenstand der Erörterungen und Beschlüsse zu machen. Es waren dies folgende Unternehmen:

- eine in diesem Sinne gehaltene Eingabe der Kirchlichen Bruderschaften an die Synode der EKD,
- die Erklärung des seinerzeitigen Kirchenpräsidenten D. Martin Niemöller, „der DGB müsse sich darauf einstellen, im Ernstfalle den Generalstreik als einziges noch vorhandenes Mittel zur Verhinderung eines Atomkrieges zu erklären“, und seine Aufforderung in Mülheim, „die evangelischen Christen in Westdeutschland müßten Landesverrat begehen, um die atomare Vernichtung Deutschlands zu verhindern“,
- das Auftreten des Kirchenpräsidenten Stempel (Speyer) gegen die Errichtung von Atombasen in der Pfalz,
- das Auftreten des Dekans der Theologischen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität, Prof. Heinrich Vogel, auf der Kundgebung „Kampf gegen den Atomtod“ am 23. März 1958 in Frankfurt/Main,
- der Antrag von Prof. Gollwitzer an die Synode der EKD, den Abschluß des Militärseelsorgevertrages rückgängig zu machen.

Von den zahlreichen Aktionen der CDU in der DDR in der Zeit nach Abschluß des Militärseelsorgevertrages bis zur Synode 1958 seien hier folgende Erklärungen genannt:

- die Stellungnahme des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU „CDU gegen Kirchenvertrag mit der NATO“ vom 12. März 1957,
- das Communiqué des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU „Ruf zum Entscheid gegen Atomrüstung“ vom 30. April 1957,
- die Erklärung des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU „Gegen den Mißbrauch des Christentums“ vom 30. Juli 1957,
- das Communiqué des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU „Zur kirchenpolitischen Lage“ vom 12. November 1957,
- die Veröffentlichung einer Stellungnahme von Generalsekretär Gerald Götting „Für die sozialistische Erziehung“ in der „Deutschen Lehrerzeitung“ vom 14. Dezember 1957.³¹⁾

In dieser Stellungnahme wurde die Haltung der CDU zu der zu erwartenden Aktion der Evangelischen Synode eindeutig fixiert. Götting schreibt:

„Ich möchte mit Nachdruck betonen, daß gerade auch der christliche Lehrer sich zum sozialistischen Aufbau nicht nur bekennen kann, sondern bekennen muß. Ist es doch heute allein die sozialistische Gesellschaftsordnung, in der die christlichen Anliegen konsequent vertreten und verwirklicht werden können ...

Der christliche Lehrer, der die Jugend im Geiste des Friedens und des Fortschritts, im Geiste echter Vaterlandsliebe und des realen Humanismus erzieht, kann unsere Jugend nur sozialistisch erziehen. Wenn sich der christliche Lehrer in diesem Sinne zum Sozialismus bekennt und dieses Bekenntnis zur Grundlage seiner pädagogischen Arbeit macht, handelt er in Übereinstimmung mit seiner christlichen Überzeugung verantwortungsbewußt für die Zukunft unseres Volkes.“³²⁾

Auf der Tagung des Rates der EKD mit den Bischöfen beider deutscher Staaten am 20. und 21. März 1958 wurde festgelegt, daß es dabei bleibt, das Erziehungsthema als Thema 1 der April-Synode zu behandeln. Die entscheidende Lebensfrage, die Atomfrage, wurde zum Thema 2 der Tagesordnung gemacht. In diesem Zusammenhang sei zur näheren Kennzeichnung des Ernstes der Situation erwähnt, daß an dem Tage, an dem das Bonner Parlament die Ermächtigung zur atomaren Aufrüstung der Bundeswehr erteilte, die Bischöfe Dibelius, Lilje und Hertrich sowie Militärbischof Kunst Dr. Adenauer aufsuchten und ihm von einigen „Gewissensbesorgnissen der evangelischen Christen“ berichteten, jedoch keine eindeutige Haltung gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr bezogen, im Gegenteil, den Kirch-

³¹⁾ vgl.: Dokumente der CDU, Band II (1955-1958), Union Verlag, Berlin 1958

³²⁾ zit. nach: Dokumente der CDU, a. a. O., S. 170

lichen Bruderschaften und allen Friedenskräften innerhalb der evangelischen Kirche in beiden deutschen Staaten in den Rücken fielen. Diese Bischöfe wollten sich durch den Besuch also lediglich ein Alibi für ihr Auftreten auf der April-Synode verschaffen.

Die CDU der DDR identifizierte sich mit dem Standpunkt der Kirchlichen Bruderschaften und unterstrich in ihrer Argumentation unter den Geistlichen, den christlichen Bürgern sowie den Mitgliedern der Partei, daß

„die Atombewaffnung der westdeutschen Armee keine sogenannte Ermessensfrage ist ..., daß sie vielmehr eine Frage des Statuts confessionis, also eine Bekenntnisfrage ist.“³³⁾

Sie hob mit Nachdruck hervor, daß

„die Atomfrage nicht nur eine politische, sondern eine Frage christlicher Verantwortung ist. Mitwirkung an der Vorbereitung des Atomkrieges oder Neutralität dieser Frage gegenüber ist christlich nicht vertretbar. Beides bedeutet die Verleugnung aller drei Artikel des christlichen Glaubens.“³⁴⁾

Die CDU ging also von einer eindeutigen und klaren Position aus. Sie hob einerseits die dringende Notwendigkeit der Erörterung der Atomfrage durch die Evangelische Synode hervor und begründete andererseits, weshalb Lehrer, die Christen sind, voll verpflichtet und gleichberechtigt an der sozialistischen Erziehung mitwirken können und sollen. Damit wies die CDU zugleich nach, welche Gefahr eine Erörterung der Erziehungsfrage mit der Spitze gegen die sozialistische Erziehung an den Schulen der DDR in sich birgt.

In einer Anzahl von Presseveröffentlichungen wirkte die CDU im gleichen Sinne. Hervorzuheben ist hierbei, daß im April 1958 in den CDU-Presseorganen jeden Tag mindestens ein Aufsatz zur Entlarvung des Militärseelsorgevertrages erschien, darunter auch zahlreiche Aufmachungsaufsätze, wie der vom 18. April 1958: „Ein ernstes Wort an die Synodalen in der DDR“. Die Rolle der CDU, die Klarheit ihrer Konzeption sowie ihre beachtliche Aktivität würdigte der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED, Walter Ulbricht, auf dem V. Parteitag der SED wie folgt:

„Wie verlogen die Losung ‚Lieber tot als rot‘ zur Begründung der Atomaufrüstung ist, geht am besten daraus hervor, daß in der DDR viele Millionen von Christen leben, die überhaupt nicht auf den absurden Gedanken kämen, aus dem Leben zu scheiden, weil bei uns der Sozialismus aufgebaut wird. Im Gegenteil, die Millionen von christlichen Werktätigen der DDR handeln sehr bewußt gegen die bischöfliche Losung aus Essen, indem sie Schulter an Schulter mit uns gegen den Atomtod, für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa kämpfen. Sie sind glücklich darüber, daß es in der DDR eine christliche Partei, die Christlich-Demokratische Union, gibt, die – im Gegensatz zur Adenauer-Partei –

für das Leben kämpft und aktiv am sozialistischen Aufbau teilnimmt, der allen Werktätigen ein frohes, glückliches und langes Leben auf der Erde ermöglicht.“³⁵⁾

Die CDU beschränkte sich nicht auf deklamatorische Erklärungen und auf eine propagandistische Tätigkeit. Das Sekretariat des Hauptvorstandes veranlaßte die nachgeordneten Verbände der CDU zu einer breiten Aufklärungsarbeit unter den Laienchristen, Pfarrern und Lehrern über die wahren Hintergründe, die Ursachen und die Zielsetzung der reaktionären kirchenleitenden Kräfte in der EKD. So wurden die Kreis- und Ortsgruppenvorstände aufgerufen, von den Geistlichen ihres Bereiches Zustimmungserklärungen zum Inhalt der Anfrage der Kirchlichen Bruderschaften an die Synode der EKD zu erbitten und zugleich die Zustimmung zu dem inzwischen ergangenen „Ruf aus Wittenberg“ einzuholen.

Eine noch umfangreichere Aktion war die Einholung Tausender von Unterschriften christlicher Lehrer unter eine vom Hauptvorstand der CDU verabschiedete Erklärung zur Frage der Erziehung im sozialistischen Staat. Bei dieser Aktion ging die CDU davon aus,

- daß die Christen aus einer doppelten Verantwortung – der christlichen und der nationalen – zur Tat gerufen waren, zumal die Mehrheit der „EKD“-Synode sich 1957 für die Kriegspartei in Deutschland entschieden hatte und nun auch institutionell durch den Militärseelsorgevertrag an den Bonner Staat gebunden war,
- daß es sich bei der beabsichtigten Durchführung der Synode der EKD um einen ideologischen Angriff auf die DDR handeln sollte,
- daß dabei die christlichen Lehrer als „Fünfte Kolonne“ gegen unseren Staat mißbraucht werden sollten.

Für die CDU stand unumstößlich fest,

- daß es ihre Aufgabe war, Front zu machen gegen die friedensfeindlichen Absichten der kirchlichen Reaktion, und
- daß es sich hierbei nicht nur um eine Auseinandersetzung über Bildungs- und Erziehungsfragen handelte, sondern um die Abwehr einer Aktion, die von der Basis der Remilitarisierungspolitik aus gestartet wurde.

Deshalb veranlaßte das Sekretariat des Hauptvorstandes die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter der Partei, alle Synodalen und stellvertretenden Synodalen in der DDR aufzusuchen und mit ihnen über ihre hohe Verantwortung auf der Synode zu sprechen. Das ist sehr gewissenhaft und nachdrücklich geschehen. Gleichzeitig rief die CDU diejenigen zu Wort, die diese Aktion am unmittelbarsten betraf, die Lehrer, und legte ihnen die „Erklärung der christlichen Lehrer“ als

³³⁾ Information der Parteileitung der CDU Nr. 4/58 vom 31. 3. 1958, S. 2

³⁴⁾ ebenda

³⁵⁾ W. Ulbricht: Der Kampf um den Frieden, für den Sieg des Sozialismus ... Referat und Schlußwort auf dem V. Parteitag der SED, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 181

Willensbekundung vor. Nahezu 6000 Lehrer unterzeichneten diese Erklärung. Eine Delegation von Lehrern, Mitgliedern der CDU, unter Leitung von Studienrat Fritz-Karl Bartnig, Borna, überreichte der Synode und anschließend der zu gleicher Zeit tagenden Schulkonferenz der SED diese Erklärung. Durch diese Erklärung wurde

- die geplante Aktion der Synode entlarvt,
- ihre demagogische Fassade freigelegt, indem die Hintergründe bloßgestellt wurden,
- nachgewiesen, daß die Synode dafür mißbraucht werden sollte, durch die Erziehungsdebatte von der NATO-Politik des westdeutschen Staates abzulenken;
- der Nachweis erbracht, daß die sozialistische Schule nicht christentumsfeindlich ist,
- die Verantwortung der Synode in das rechte Licht gestellt,
- die Konzeption des reaktionären Flügels in der Synode durchkreuzt.

Im Ergebnis dieser eindeutigen Absage der Lehrer an die NATO-Politik der reaktionären kirchenleitenden Kreise wurde deutlich,

- daß die Gemeinschaft der demokratischen Kräfte in der DDR, die Gemeinsamkeit von Christen und Marxisten nicht zu erschüttern ist,
- daß für die Reaktion, auch im kirchlichen Gewande, eine Möglichkeit zur Spaltung der Volkskräfte in der DDR nicht mehr gegeben war.

Insofern stellte die Abwehr der Aktion der Synode einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur ständigen Festigung der politisch-moralischen Einheit dar. Bei den Kräften, die an dieser Gegenaktion mittelbar oder unmittelbar beteiligt waren, festigte sich das Vertrauen in die Kraft der Zusammenarbeit von Christen und Marxisten. Mit dieser Gegenaktion wurde der gewissenlose Versuch abgewendet, die christlichen Lehrer, christliche Familien, ja die Geistlichen und christlichen Laien überhaupt, in den Augen der demokratischen Öffentlichkeit als Parteigänger der Reaktion zu diskriminieren.

Angesichts dieser Lehrererklärung war es nicht mehr möglich, auf der Synode die ursprüngliche Konzeption der klerikalen Reaktion zu verwirklichen. Noch am ersten und zweiten Tage der Beratungen versuchten bestimmte Sprecher, allen voran Bischof Dibelius, das alte Konzept doch noch durchzusetzen. Die Tatsache aber, daß diejenigen, mit denen Politik gemacht werden sollte, nämlich die christlichen Lehrer selbst, gesprochen und sich zu ihrem Staat bekannt hatten, drängte die Beratungen und Beschlüsse des Erziehungsausschusses zwangsläufig in eine andere Richtung.

Die Synode nahm schließlich recht kleinlaut eine Entschlie-ßung an, die die Bitte enthielt, der Ministerpräsident der DDR möge eine Delegation, bestehend aus drei Synodalen und

einem Ratsmitglied, zu einer Besprechung über Erziehungsfragen empfangen; daß das auch geschehen ist, zeugt von der Großzügigkeit der Politik der Regierung der DDR. Daraus geht hervor, daß die Kirchenleitungen durch die Gegenaktion der christlichen Lehrer gezwungen wurden, geordnete, normale Wege des loyalen Gesprächs mit der Regierung der DDR zu benutzen.

Auch in der Debatte über den Militärseelsorgevertrag mußten diejenigen, die ein Jahr früher (1957) den Vertrag durchgepeitscht hatten, einen taktischen Rückzug antreten. Die Adenauer-Fraktion in der Synode mußte sich eingestehen, daß sie nicht mehr uneingeschränkt ihren Willen in der Synode durchsetzen konnte. Selbst die kompromißlerische Entschlie-ßung zu Atomfragen widerspiegelte deutlich, daß es in dieser Synode eine starke Front solcher Kräfte gab, die konsequent gegen die atomare Bewaffnung westdeutscher Streitkräfte auftraten. Die Fraktion der reaktionären Synodalen befand sich, insgesamt gesehen, auf dem Rückzug. Ihre Niederlage wäre sogar vollständig gewesen, wenn sich die verständigungs-bereiten Kräfte nicht in den Sog der Propaganda über die organisatorische „Einheit der EKD“ hätten ziehen lassen und mehr Konsequenz gezeigt hätten. So aber gelang es auf dieser Synode noch nicht, eine Klärung in zwei entscheidenden Problemen, nämlich „Wie steht die Evangelische Kirche zur Atombewaffnung?“ und „Wie steht sie zum Arbeiter-und-Bauern-Staat?“, zu erreichen.

Über die Aufnahme, die die Erklärung der christlichen Lehrer auf der Schulkonferenz der SED fand, meldete die „Neue Zeit“:

„Wie das ‚Neue Deutschland‘ vom 27. April mitteilt, hat der Sekretär des Zentralkomitees der SED Prof. Kurt Hager zur Stellung der christlichen Lehrer an unserer Schule folgenden ausgeführt:

„Für uns ist die Stellung, die die Delegation der CDU-Lehrer auf dieser Konferenz zum Ausdruck brachte, ihr Bekenntnis zur Zusammenarbeit, zum Frieden und zu unserem Staat, der Beweis, daß die Mehrheit der christlichen Lehrer im Kampf um den Frieden und beim Aufbau des Sozialismus an unserer Seite steht. Sie haben selbstverständlich in der sozialistischen Schule ihren Platz. Wir grenzen uns andererseits eindeutig und scharf von all denen ab, die sich zum Fürsprecher der NATO-Politik machen und sich für die Atom-rüstung Westdeutschlands erklären.“

Schon allein mit dieser Bemerkung und auch mit der Zurückweisung sektiererischer Tendenzen, z. B. in der Ab-teilung Volksbildung beim Rat des Bezirkes Schwerin, durch den Sekretär des Zentralkomitees der SED werden alle Reden überflüssig, die vor der Synode der EKD am Sonntagnach-mittag über Erziehungsprobleme gehalten worden sind.“³⁶⁾

Um die Lehrererklärung mit Leben zu erfüllen, wurden vom Sekretariat des Hauptvorstandes

³⁶⁾ Neue Zeit vom 29. 4. 1958

- die der CDU angehörenden Lehrer aufgerufen, schöpferisch neue Formen der sozialistischen Erziehung entwickeln zu helfen, wobei besonderer Wert auf die Verbindung der intellektuellen Bildung mit der produktiven Tätigkeit zu legen war,
- die Zeitungen der CDU verpflichtet, gute Beispiele in der Entwicklung des polytechnischen Unterrichts durch CDU-Lehrer sowie im persönlichen Einsatz bei der Bildung von Schüler-Produktionsbrigaden in der sozialistischen Industrie und Landwirtschaft zu popularisieren,
- die Parteiverbände veranlaßt, alle Lehrer, die der CDU angehören, zu überzeugen, den dialektischen und historischen Materialismus systematisch zu studieren,
- in bestimmten Kreisverbänden, in denen negative Argumente aufgetreten waren, Konferenzen mit den der CDU angehörenden Lehrern unter Teilnahme von Vertretern des Sekretariats des Hauptvorstandes oder des jeweiligen Bezirksvorsitzenden angesetzt,
- die Vorstände beauftragt, mit solchen der CDU angehörenden Lehrern, die nur mit Vorbehalten oder überhaupt nicht die Lehrererklärung unterschrieben hatten, die Auseinandersetzung beharrlich fortzusetzen.

Überhaupt wurde von nun an die Diskussion mit Geistlichen, Kirchenratsmitgliedern, Laienchristen und den Mitgliedern der CDU auf einer höheren Stufe fortgeführt, gehaltvoller, konkreter und offensiver gestaltet.

5. Das Kommuniqué vom 21. Juli 1958 und sein Einfluß auf das weitere Wirken der CDU zur Ausgestaltung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche

Am 20. Mai 1958 tagte das Präsidium des Hauptvorstandes der CDU. In der auf dieser Präsidiumssitzung gefaßten Entscheidung wurde die politische und kirchenpolitische Situation mit folgenden Worten beurteilt:

„In der gegenwärtigen Situation, in der überall in der Welt die Völker nach Verhinderung eines Atomkrieges und nach nationaler und sozialer Befreiung streben, haben wir Christen in Deutschland eine besonders verantwortungsvolle Aufgabe. Diese besondere Verantwortung haben wir deshalb, weil die imperialistische Verschwörung gegen den Frieden von Deutschland aus im Zeichen der Politik einer christlich-demokratischen Regierung erfolgt.“

In diesem Zusammenhang müssen wir betonen, daß in der Synode der EKD, die vor einigen Wochen in Berlin tagte, die klerikale Reaktion zurückgedrängt wurde. Dennoch hat die

Synode den Militärseelsorgevertrag, der den Protestantismus an das Bonner System bindet, nicht gekündigt, und sie hat auch kein eindeutiges Nein gegen die atomare Aufrüstung in Westdeutschland gesagt. Mit großem Bedauern müssen wir auch zur Kenntnis nehmen, daß in letzter Zeit aus dem Raum der Katholischen Kirche verstärkt Erklärungen zu hören waren, die einer ungeheuerlichen Rechtfertigung der Atomrüstung der Bundeswehr dienen sollen.

Demgegenüber haben viele evangelische und katholische Christen in der Bundesrepublik und in der Deutschen Demokratischen Republik gegen die Atomkriegskonzeption der Bonner Regierung und – mehr oder weniger profiliert – für die Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik Stellung genommen. Diese Stellungnahmen sind beispielhaft dafür, wie sich christliche Menschen in Deutschland angesichts entscheidender weltpolitischer und geistiger Wandlungen zu verhalten haben.

In Übereinstimmung mit der Haltung dieser Christen, zu denen namhafte Theologen und Laien gehören, müssen wir erneut die nachdrückliche Forderung erheben, daß die Militärseelsorge in der Bonner Armee nicht nur einen neuen juristischen Mantel erhält, sondern daß sie in jeder Form, die der Vorbereitung eines abenteuerlichen Atomkriegs dient, beseitigt wird. Weiterhin rufen wir auf, daß immer mehr christliche Menschen in beiden deutschen Staaten mit wachsender Energie gegen den Atomtod kämpfen. Und schließlich erneuern wir unsere Forderung, daß die Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik ihre Beziehungen zu unserem Staat der Arbeiter und Bauern normalisieren.

Ob nun die Kirchenleitungen in der DDR bereit sind oder nicht, echte Schritte der Normalisierung zu gehen – wir Christen müssen auf jeden Fall an der Stelle, an der wir beruflich stehen, so wie die über 6000 christlichen Lehrer, unserem Bekenntnis zu unserem Staat und zu seiner Friedenspolitik in überzeugender Weise Ausdruck verleihen. Gute Taten für unsere gemeinsame sozialistische Sache werden der beste Beweis für die Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit dieser Stellung der evangelischen und katholischen Christen zu unserem Staat sein. Sie werden es auch sein, die eine solche elementare Kraft in sich tragen, an der über kurz oder lang die Leitungen unserer Kirchen nicht länger vorübergehen können. Sie werden es schließlich sein, die die Volksbewegung des Kampfes gegen den Atomtod entscheidend stärken und diese Volksbewegung immer mehr zur Schmelze der deutschen Einheit machen.³⁷⁾

Wie bereits angeführt, hatte die Synode eine Kommission beauftragt, mit der Regierung der DDR über die vorhandenen Differenzen und Spannungen zu verhandeln. Die Regierung der DDR stellte dafür lediglich die Bedingung, daß die vorgesehenen kirchlichen Persönlichkeiten Bürger der DDR seien. Die Verhandlungen setzten dann auch sofort nach der Synode ein, da die geforderte Voraussetzung erfüllt war. Es fanden insgesamt fünf vielstündige Besprechungen statt, davon in der Mehrzahl im Beisein des Ministerpräsidenten Otto

³⁷⁾ zit. nach: Dokumente der CDU, Band III, 1958 bis 1959, Berlin 1960, S. 47f.

Grotewohl. Bereits in der ersten Verhandlung stellten sich der immense Umfang der Probleme und die Schwierigkeit des Stoffes heraus, und so wurde auf Wunsch der kirchlichen Vertreter die Kommission um zwei kirchliche Mitglieder erweitert. Diese nun aus sechs kirchlichen Vertretern bestehende Kommission wurde von der „Ostkonferenz der Bischöfe“ ausdrücklich für alle weiteren Verhandlungen bevollmächtigt und für bindende Abmachungen autorisiert.

Gegen Schluß der Verhandlungen legten die staatlichen Vertreter den Entwurf eines Kommuniqués vor, dessen endgültige Fassung dann durch den dienstältesten Bischof, D. Dr. Mitzenheim, formuliert wurde. Diese Fassung erlangte die Zustimmung beider Seiten. Die Veröffentlichung geschah am 21. Juli 1958 durch das Presseamt beim Ministerpräsidenten. In dieser Erklärung wurde von seiten der Vertreter der Evangelischen Kirchen in der DDR hervorgehoben:

„Die Vertreter der evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik erklärten, daß die Kirche mit den ihr gegebenen Mitteln dem Frieden zwischen den Völkern dient und daher auch grundsätzlich mit den Friedensbestrebungen der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Regierung übereinstimmt. Ihrem Glauben entsprechend erfüllen die Christen ihre staatsbürgerlichen Pflichten auf der Grundlage der Gesetzlichkeit. Sie respektieren die Entwicklung zum Sozialismus und tragen zum friedlichen Aufbau des Volkslebens bei.“

Die Entschließung der Sitzung des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU gelangt hier zu folgender Schlußfolgerung:

„Auf Grund der Ergebnisse dieser Verhandlungen kann es für keinen Christen mehr ein Hindernis geben, seine schöpferischen Kräfte für die friedliche Entwicklung unseres Volkes und für den sozialistischen Aufbau einzusetzen. Niemand kann sich jetzt mehr unter Berufung auf Spannungen zwischen Kirche und Staat seiner Verantwortung für die Erhaltung des Friedens im Ringen gegen die Kräfte des Krieges entziehen. Jedem Christen erwächst aber die Verpflichtung, allen Versuchen, das Christentum im Kampf gegen unseren Arbeiter- und Bauern-Staat zu mißbrauchen, noch energischer als bisher entgegenzutreten.“³⁸⁾

Damit zeigte der Hauptvorstand der CDU allen Christen in beiden deutschen Staaten den Platz, den sie einzunehmen haben und überhaupt nur einnehmen können.

Das Kommuniqué vom 21. Juli 1958 machte erneut die enge Wechselbeziehung zwischen der ständig anwachsenden Mitarbeit der Christen am Sozialismus und der sich zur Loyalität wandelnden Position der Kirchen in der DDR deutlich. Mit diesem Kommuniqué wurde die eigentliche Wende zur Normalisierung eingeleitet, der Beginn einer Gesundung des Verhältnisses der Kirchen zum Staat herbeigeführt. In den folgenden Jahren hat sich die im Kommuniqué ausgesprochene „Bereitschaft von Staat und Kirche“ trotz aller noch auf-

³⁸⁾ ebenda, S. 59

tretenden Mißhelligkeiten und Differenzen bedeutungsvoll ausgewirkt. Landesbischof D. Mitzenheim schrieb in einem Artikel anläßlich der Vereinbarung des Kommuniqués:

„Das Gespräch zwischen Staat und Kirche soll, wie in dem Kommuniqué ausdrücklich gesagt wird, mit der gemeinsamen Erklärung nicht zu Ende sein. Es ist vereinbart, daß von der Plattform dieser gemeinsamen Erklärung aus bei den zuständigen staatlichen Stellen weiter verhandelt werden soll über die Anliegen der Kirche und daß etwaige Mißstände in den Beziehungen zwischen Staat und Kirche durch klärende Gespräche beseitigt werden sollen (was seitdem auf den verschiedensten Ebenen unter Mitwirkung der CDU ständig geschehen ist und geschieht – eingefügt vom Verfasser). So ist die gemeinsame Erklärung kein Abschluß, sondern ein Ausgangspunkt für weitere Besprechungen, in denen alles das, was in den Gesprächen herüber und hinüber zum Vortrag kam, weiter zu entfalten ist. Jedenfalls ist in den Beziehungen zwischen Staat und Kirche ein Neuanfang gemacht. Wir erwarten, daß auf den Neuanfang ein guter Fortgang folgt.“³⁹⁾

Auf der XIV. Sitzung des Hauptvorstandes der CDU am 26. und 27. Juni 1963 konnte Generalsekretär Götting betonen:

„Es ist wichtig, in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, daß beim Zustandekommen dieser Loyalitätserklärung der evangelischen Kirche gegenüber unserem Staat die Massen der christlichen Bürger in der DDR aktiv mitgewirkt haben. Sie waren es, die in der Gemeinsamkeit mit allen demokratischen Kräften in der Öffentlichkeit ihre Mißbilligung gegenüber denjenigen DDR-Synodalen zum Ausdruck brachten, die dem Abschluß des Militärsorgevertrages zugestimmt hatten. Sie waren es, die deutlich gegen den damit verbundenen Mißbrauch ihres Glaubens im Dienste einer gefährlichen Rüstungs- und Revanchepolitik der Bonner Regierung protestierten. Sie waren es, die angesichts dieser Provokation ihre Verpflichtung, als Christen bei der Gestaltung einer Welt ohne Krieg und Ausbeutung mitzuwirken, nur noch ernster nahmen.“⁴⁰⁾

Die Parteiverbände der CDU sind auch bei der Auswertung des Kommuniqués nicht bei Deklamationen und Mahnungen stehengeblieben. Sie haben sich in den Bezirken, Kreisen und Gemeinden der Republik dafür eingesetzt, daß Inhalt und Geist des Kommuniqués verbreitet und in allen evangelischen Landeskirchen als die Basis anerkannt wurden, auf welcher sich etwaige örtliche Mißhelligkeiten beseitigen lassen und gedeihliche Beziehungen erreicht werden können.

Die Arbeitsgruppen „Christliche Kreise“ bei den Bezirks- und Kreis Ausschüssen der Nationalen Front sind seitdem unter maßgeblicher Beteiligung der CDU immer mehr zu Zentren der Arbeit mit der christlichen Bevölkerung geworden.

In diesem Zusammenhang ist auch bedeutsam, daß wäh-

³⁹⁾ Moritz Mitzenheim in: „Politische Diakonie“ – Reden – Erklärungen – Aufsätze 1946 bis 1964, Berlin 1965, S. 44

⁴⁰⁾ zit. nach: Hefte aus Burgscheidungen, Nr. 98, S. 17

rend der Verhandlungen, noch vor der Veröffentlichung des Kommuniqués, sich der „Bund Evangelischer Pfarrer in der DDR“ bildete. In ihm schlossen sich Geistliche zusammen, die bewußt die Politik der DDR bejahen. Die CDU pflegt mit diesem Bund freundschaftliche Beziehungen; eine Anzahl Vorstandsmitglieder des Bundes sind zugleich Mitglieder der CDU.

Am 23. und 24. Juni 1959 berieten mehr als 200 evangelische Theologen aus beiden deutschen Staaten in Weimar über das Thema „Neues Ethos und Friedensordnung“.

Die Mehrzahl der auf dem westdeutschen Kirchentag in München 1959 anwesenden Teilnehmer aus der DDR protestierte gegen die auch hier zutage tretende einseitige Bindung des NATO-Flügels der evangelischen Kirche an den westdeutschen Militarismus.

Als Rangältester unter den evangelischen Bischöfen der DDR ergriff auf der Festveranstaltung der Regierung der DDR zum 10. Jahrestag der Republik (1959) Bischof D. Dr. Mitzenheim das Wort und erklärte unter Berufung auf das Kommuniqué, daß die evangelischen Christen in der DDR ihren Staat sehen.

Ein Erfolg der ständigen mobilisierenden Arbeit der CDU nach dem Kommuniqué war es schließlich auch, daß eine beträchtliche Anzahl von Geistlichen im Frühjahr 1960 in öffentlichen Stellungnahmen den christlichen Bauern Mut machte, den Weg in die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu gehen.

Im April 1959 — und hier zeigten sich die Auswirkungen des Kommuniqués auch auf die katholischen Gläubigen in der DDR — fand in Bautzen eine Tagung von 300 Katholiken statt, auf der das Mitglied des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU Dr. Gerhard D e s c z y k das Hauptreferat hielt. Diese Tagung fand ihre Fortsetzung in einer vom Bezirksausschuß der Nationalen Front Erfurt einberufenen Tagung katholischer Bürger des Eichsfeldes. Beide Tagungen gipfelten in einem entsprechenden Dokument.

Auf der Sitzung des Hauptvorstandes der CDU im März 1959 in Cottbus wurden alle Mitglieder aufgerufen, zusammen mit den parteilosen Christen zu Ehren des 10. Jahrestages der DDR die Leistungen im Nationalen Aufbauwerk und in der Einbringung der Ernte zu erhöhen. Am 15. September 1959 lagen 90 000 Verpflichtungen zu Leistungen im Werte von rund 140 Millionen DM vor, die alle in die Tat umgesetzt wurden. Eine Vielzahl von Einzelleistungen wurde von nun an in den Parteiverbänden erzielt, die auf den unterschiedlichsten Gebieten — nicht zuletzt als Ausdruck der Befriedigung über den Abschluß des Kommuniqués — in der Zeit bis 1960 vollbracht wurden.

Der Vorsitzende der CDU, August Bach, konnte in seinem Referat auf dem 10. Parteitag der CDU (Juni 1960) feststellen:

„In einem Monat jährt sich zum zweitenmal der erfolgreiche Abschluß der Verhandlungen zwischen Vertretern der evangelischen Kirchen in der DDR und unserer Regierung. Das Kommuniqué vom 21. Juli 1958 hat sich in den vergangenen zwei Jahren immer mehr als eine gute und tragfähige Grundlage für gedeihliche Beziehungen der evangelischen Kirchen zu unserem Staat erwiesen. Nach anfänglichem Zögern bei einigen Kirchenleitungen, nach einigen provokatorischen Versuchen kirchlicher Kreise in Westberlin und Westdeutschland, haben sich heute die Landeskirchen in der DDR immer mehr auf die Basis dieser ‚Gemeinsamen Erklärung‘ gestellt.“⁴¹⁾

Die Entschließung des 10. Parteitages konnte folgende Feststellung treffen:

„Wachsende Erfolge haben wir in den hinter uns liegenden Jahren bei diesen Bemühungen errungen. Immer mehr ehrliche christliche Bürger unseres Staates haben erkannt, daß nicht in dem von den NATO-Bischöfen propagierten oder bemäntelten Bündnis von Militarismus und politischem Klerikalismus die Zukunft liegt, sondern allein in der friedlichen Aufbauarbeit unserer Deutschen Demokratischen Republik, in ihrer auf Verständigung und demokratische Wiedervereinigung gerichteten nationalen Politik des Friedens. Die Hoffnungen der westdeutschen und Westberliner Reaktion, die christliche Bevölkerung unserer Republik als potentielle Reserve für die Politik des kalten Krieges und der gewaltsamen militaristischen Lösung der deutschen Frage mißbrauchen zu können, haben sich als trügerisch erwiesen.“⁴²⁾

6. Die Programmatische Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates und ihre Bedeutung für das weitere Wirken der CDU

Der im September 1960 gebildete Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik gab am 4. Oktober 1960 durch den Mund seines Vorsitzenden, Walter Ulbricht, vor der Volkskammer öffentlich darüber Aufschluß,

„wie er unsere gegenwärtige nationale und internationale Position einschätzt, welche Perspektive er für unseren Staat und für unser Volk, für unsere Wirtschaft wie für unsere Kultur sieht, wie er die von der Volkskammer festgelegte Politik zu vertreten gedenkt und von welchen Grundsätzen er sich in seiner Arbeit nach innen und nach außen leiten lassen wird.“⁴³⁾

⁴¹⁾ Christlich-Demokratische Union — 10. Parteitag: Referat des Vorsitzenden August Bach (Broschüre), S. 42

⁴²⁾ Christlich-Demokratische Union — 10. Parteitag: Entschließung (Broschüre), S. 45 f.

⁴³⁾ Programmatische Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Berlin 1961, S. 3

Unter dem Abschnitt „Zu einigen Fragen der gesellschaftlichen und menschlichen Beziehungen“ ging der Staatsratsvorsitzende in dieser Programmatischen Erklärung auch auf das Verhältnis unseres Staates zu den Kirchen ein. Er kennzeichnet darin einerseits die Folgen der Verflechtung westdeutscher kirchlicher Institutionen mit dem Militarismus und der NATO-Politik, die eine Zusammenarbeit unserer Regierung mit einer westdeutschen Kirchenleitung unmöglich machen.

Die Programmatische Erklärung differenziert aber zugleich dieses notwendige Verhalten von der Einstellung unseres Staates zu den Kirchen überhaupt. In der Erklärung wird das wachsende Verständnis von kirchlichen Amtsträgern für die Ziele und die Aufgaben der sozialistischen Gemeinschaft anerkannt und ausdrücklich festgelegt, daß „das Christentum und die humanistischen Ziele des Sozialismus keine Gegensätze“ sind und daß die Erfüllung der christlichen Botschaft „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ „nur durch die Verwirklichung der hohen Ideen des Humanismus und Sozialismus“ gewährleistet wird.

Diese Feststellung war und ist sowohl Grundlage als auch Verpflichtung für eine noch engere, vertrauensvolle Zusammenarbeit der Kirchen mit den Organen des Staates. Mit dieser bedeutsamen und für die weitere Gestaltung des Verhältnisses des Staates zu den Kirchen so wichtigen Aussage setzte Walter Ulbricht fort, was er in seinem Schlußwort vor dem III. Nationalkongreß (1958) zu den vorangegangenen Darlegungen des Generalsekretärs der CDU, Gerald Götting, ausgeführt hatte:

„Ich bin völlig einverstanden mit den Darlegungen des Generalsekretärs der CDU, Gerald Götting, der hier die Stellung der Nationalen Front zu den Fragen der Religion dargelegt hat. Kollege Götting sagte: ‚Wenn sich der Christ die Dinge recht überlegt, dann muß er zu der Überzeugung kommen, daß gerade im Sozialismus die christlichen Anliegen eine bessere Erfüllung finden als je in früheren gesellschaftlichen Systemen. Ich denke dabei nur an die Erfüllung der christlichen Grundforderung im gesellschaftlichen Raum, der Nächstenliebe und Friedensliebe.‘ Er fuhr dann fort: ‚Heute können wir auch sagen, daß gerade im Sozialismus der jahrhundertalte Widerspruch zwischen der Frömmigkeit des einzelnen und dem Mißbrauch seines Glaubens durch die im Zeichen des Kreuzes zumeist sehr unchristlich handelnden Machthaber im Sinne des ehrlichen christlichen Menschen gelöst wird.‘

Wir sind mit diesen Darlegungen des Vertreters der CDU einverstanden. Sie entsprechen dem Inhalt unserer Verfassung, und wir werden in diesem Sinne die Gewissensfreiheit absolut achten.“⁴⁴⁾

Weil das Kommuniqué vom 21. Juli 1958 die feste Ausgangsbasis für die Normalisierung der Beziehungen der Kir-

⁴⁴⁾ zit. nach: Neues Deutschland vom 24. 9. 1958, S. 5

chen zu unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat und damit für die Herstellung eines Vertrauensverhältnisses zwischen Kirche und Staat geschaffen hatte, konnte der Vorsitzende des Staatsrates nach zwei Jahren zu solchen Feststellungen gelangen, wie sie in der Programmatischen Erklärung getroffen wurden. Im Rechenschaftsbericht des Hauptvorstandes an den 11. Parteitag der CDU heißt es dazu:

„Unsere Partei setzte sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für die Durchsetzung des Kommuniqués ein, das von Vertretern der westdeutschen Militärrirche heftig angegriffen wurde. In allen Gesprächen mit leitenden Kirchenmännern und Geistlichen wurde die Bedeutung des Kommuniqués für ein geordnetes und normales kirchliches Leben hervorgehoben.

Es war die Evangelisch-Lutherische Landeskirche in Thüringen, die unter Leitung ihres Landesbischofs D. Dr. h. c. Moritz Mitzenheim den durch das Kommuniqué gewiesenen Weg am konsequentesten ging. Landesbischof Mitzenheim hat wiederholt erklärt, daß die Kirche in jeder Gesellschaftsordnung das Evangelium auszurichten habe, daß die Kirche heute nicht Kirche gegen den Sozialismus, sondern Kirche für das Volk im Sozialismus sein müsse. Heute besteht – nicht zuletzt durch die aktive Mithilfe der Verbände unserer Partei – zwischen der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Thüringen und unserem Staat ein festes Vertrauensverhältnis, das sich für alle Beteiligten gegenseitig auswirkt. In verständnisvollen Gesprächen werden auf allen Ebenen des staatlichen und politischen Lebens die Probleme unserer Zeit diskutiert, die Standpunkte erläutert und eventuell aufgetretene Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt ...

Auch in den übrigen evangelischen Landeskirchen setzen sich die Grundaussagen des Kommuniqués immer mehr durch. Das ist um so bemerkenswerter, als es immer wieder großangelegte Versuche reaktionärer westdeutscher Kirchenführer gab, diese positive Entwicklung des Verhältnisses von Staat und Kirche in der DDR zu stören.“⁴⁵⁾

Von den CDU-Mitgliedern und der parteilosen christlichen Bevölkerung wurden die sachlichen Ausführungen Walter Ulbrichts zum Verhältnis des Staates zu den Kirchen dankbar begrüßt. Eine erhebliche Anzahl bisher abwartender und zurückhaltender christlicher Menschen fühlte sich durch die Aussage Walter Ulbrichts, daß das Christentum und die humanistischen Anliegen des Sozialismus keine Gegensätze sind, in der Bereitschaft bestärkt, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und durch vorbildliche Leistungen zur weiteren Festigung unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates beizutragen. Das fand seinen Niederschlag in dem bedeutsamen Gespräch von Niederschönhausen am 9. Februar 1961.

⁴⁵⁾ Christlich-Demokratische Union – 11. Parteitag, Erfurt 1964: Drucksache Nr. 3 – Rechenschaftsbericht des Hauptvorstandes an den 11. Parteitag, S. 29 f.

7. Das Gespräch vom 9. Februar 1961 — eine entscheidende gesellschaftliche Aktion

Wie bereits hervorgehoben, vollzieht sich der Prozeß der Normalisierung der Beziehungen der Kirchen zu unserem Staat nicht allein auf offiziellem, gleichsam „diplomatischem“ Wege. Vielmehr haben die verantwortungsbewußten Christen an diesem Prozeß um unseres Volkes und ihrer Kirche willen aktiv mitgewirkt und ein entscheidendes Wort mitgeredet. Sie taten und tun dies, weil sie sich als fester Teil unseres politisch-moralisch geeinten Volkes fühlen. Hierbei wirken die christlichen Demokraten nicht als bloße „Vermittler“ zwischen den beiden Institutionen Staat und Kirche, sondern arbeiten im Interesse der Sache unserer Republik bewußt aus ihrer christlichen und nationalen Verantwortung dafür, die christlichen Bürger verantwortlich in unseren gesellschaftlichen Aufbau einzubeziehen.

Beim Gespräch vom 9. Februar 1961 handelte es sich um eine erneute Aktion verantwortungsbewußter gesellschaftlicher Kräfte. Das Zustandekommen, die Durchführung und die Auswirkungen dieses hochbedeutsamen Gesprächs ließen den dialektischen Zusammenhang zwischen den Beziehungen der staatlichen Organe zu den Kirchen einerseits und der ständig zunehmenden politischen Verantwortung christlicher Bürger andererseits erneut offen zutage treten. In einem Beitrag anläßlich des ersten Jahrestages der Begegnung vom 9. Februar 1961 führte Oberkirchenrat Gerhard Lotz aus:

„Aber neben dieser Linie, die das Verhältnis der institutionellen Kirchen zum Staat betraf, läuft eine zweite Linie, die die erste in manchen Punkten berührt, überschneidet oder mit ihr parallel läuft. Das sind die Bemühungen darum, daß auch der einzelne christliche Bürger Klarheit über seine Stellung im Staat und in der sozialistischen Umwelt findet. Dieser Prozeß der Orientierung der Christen in der Deutschen Demokratischen Republik ist gleichfalls nicht konfliktlos abgelaufen.“⁴⁶⁾

Der Vorsitzende des Staatsrates konnte auf der Begegnung vom 9. Februar 1961 ausführen:

„Für uns sind die Worte in der Erklärung des Staatsrates kein taktischer Schachzug. Ich bin froh, Ihnen ganz offen sagen zu können, daß wir in einer nunmehr schon fünfzehnjährigen Zusammenarbeit — wobei es natürlich auch Auseinandersetzungen und vielleicht auch manches Mißverständnis gegeben hat — die Mitarbeit des christlichen Teiles der Bevölkerung, christlicher Politiker und mancher Theologen und kirchlichen Amtsträger in dem Ringen um Frieden und den Aufbau eines dem Frieden und dem Glück der Menschen dienenden deutschen Staates, unserer Deutschen Demokratischen Republik, sehr schätzen gelernt haben. Und ich bin froh, immer wieder feststellen zu können, daß auch beim

⁴⁶⁾ Gerhard Lotz in: „Gemeinsame Verantwortung für eine friedliche Zukunft“, Berlin 1962, S. 51

Aufbau des Sozialismus überzeugte Christen nicht nur ihren Mann stehen, sondern vielfach eine ganz hervorragende und aktive Rolle spielen, die von uns geschätzt und anerkannt wird.“⁴⁷⁾

Davon ist ablesbar, daß es die vielen, von Walter Ulbricht durch diese anerkennenden Worte gewürdigten Christen waren, die das Zustandekommen eines solchen Gesprächs überhaupt erst ermöglichten. Durch ihren verantwortungsbewußten und zielstrebigem Einsatz für ein menschenwürdiges Leben im Sozialismus schufen sie letztlich die Voraussetzungen dafür.

Die bedeutsamen Darlegungen des Vorsitzenden des Staatsrates in der Programmatischen Erklärung riefen bei vielen dieser christlichen Bürger das Bedürfnis hervor, ihre Übereinstimmung mit den darin entwickelten Grundsätzen öffentlich zu bekunden und damit zugleich ein Bekenntnis zur festgefühten Geschlossenheit der politisch-moralisch geeinten Kräfte des Volkes abzulegen. Der Mehrzahl der christlichen Bürger war dabei klar, daß ein solches Bekenntnis zugleich eine ganz entschiedene Absage an jegliche Form der Unterstützung der NATO-Politik darstellt.

Prof. D. Emil Fuchs setzte sich nach dem Gespräch vom 9. Februar 1961 mit einigen damit im Zusammenhang aufgetretenen Fragen auseinander. U. a. führte er aus:

„Jemand meinte, ich hätte nicht sagen dürfen, daß die Mehrzahl der christlich gesinnten Menschen in der DDR in dieser positiven Weise zu unserem Staat steht. Ich glaube sicher, heute dürfen wir es sagen. Die Verantwortung ist weithin erwacht. In vielen ist sie erwacht, die sich darüber noch gar nicht völlig klar sind. In vielen überdeckt die Kritik an einzelnen Erscheinungen noch die positive Zustimmung dem Ganzen gegenüber. Aber die auf dem Grunde echter Verantwortung füreinander gegründete Gemeinschaft, die unser Staat erstrebt, und die von ihm ausgehende konsequente Friedenspolitik sind schon viel mehr die uns bewegende Aufgabe geworden, als es sichtbar wird.“⁴⁸⁾

Nachdem der starke positive Widerhall auf die Staatsratsklärung in den christlichen Teilen der Bevölkerung schnell spürbar geworden war, organisierte die CDU, gestützt auf die Erfahrungen bei der Aktion der christlichen Lehrer, eine Unterschriftenaktion, die, ausgehend von der Programmatischen Erklärung, die Dankbarkeit der christlichen Bürger, ihr Bekenntnis zu unserem Staat und seiner Politik sowie ihre Verpflichtung zu weiterer intensiver Mitarbeit an der Vollendung des sozialistischen Aufbaus zum Inhalt haben sollte. Die zur Propagierung der Aussagen der Programmatischen Erklärung in den einzelnen Parteiverbänden der CDU einsetzende Aktivität mündete so in eine praktische Aktion.

⁴⁷⁾ Christen und Marxisten verbinden gemeinsame Ziele und Ideale, Berlin 1961, S. 17

⁴⁸⁾ ebenda, S. 48

Der greise Theologieprofessor D. Emil Fuchs, Ehrenmitglied der CDU, nahm dieses Streben auf und entwarf einen an den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR gerichteten Brief, in dem er die Dankbarkeit für die „von hohem politischem Verantwortungsbewußtsein und großer Verständigungsbereitschaft getragenen Ausführungen“ der Programmatischen Erklärung ausdrückte. In der sicheren Annahme, daß gleich ihm Tausende christliche Bürger eine solche Erklärung unterschreiben und damit ihrem Bekenntnis zur Politik des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates Ausdruck verleihen würden, übergab er dem Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU diesen Entwurf.

Alle Parteiverbände sammelten nun sofort unter Einsatz aller Kräfte Unterschriften unter diesen Brief. Während dieser Aktion führten die Funktionäre der CDU, vom Ortsgruppenvorstandsmitglied bis zum Mitglied des Hauptvorstandes, Gespräche mit Tausenden von christlichen Bürgern, davon allein mit über 3000 Geistlichen. Innerhalb einer verhältnismäßig kurzen Zeit hatten mehr als 32 000 kirchliche Amtsträger und Laienchristen, u. a. etwa 3000 Katholiken sowie Angehörige von Freikirchen, den Brief unterzeichnet, darunter in erheblicher Anzahl Geistliche, Katecheten, Diakone, Kantoren oder Kirchenvorstandsmitglieder.

Den Funktionären der CDU ging es bei dieser Aktion nicht bloß um den formalen Akt der Unterschriftsleistung. Das Bemühen um die Erlangung der Unterschrift zeitigte oft intensive Diskussionen über politische und gesellschaftliche Grundsatzfragen, die auch über Tage hinweg fortgesetzt wurden. Bei vielen Gesprächspartnern konnten noch bestehende Unklarheiten überwunden werden. In manchen Gemeinden unterschrieb der gesamte Kirchenvorstand den Brief, während der Geistliche die Unterschrift noch versagte. Unter dem Eindruck der geschlossenen Willenskundgebung des Kirchenvorstandes revidierten einige Geistliche nachträglich ihre Haltung.

Nachdem eine solch hohe Anzahl von Unterschriften unter den Brief von Prof. Fuchs geleistet worden war, wandte sich Generalsekretär Gerald Götting an den Vorsitzenden des Staatsrates mit der Bitte, eine Delegation aus dem Kreis derjenigen, die den Brief unterschrieben hatten, zu empfangen, um die Unterschriften persönlich entgegennehmen zu können. So überbrachte dann am 9. Februar 1961 ein Gruppe aus dem Kreis der Unterzeichner unter Leitung von Prof. D. Emil Fuchs und in Begleitung von Generalsekretär Gerald Götting den Brief mit allen Unterschriften dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR in seinem Amtssitz.

Das Anliegen der Initiatoren war es, bei der Begegnung in aller Öffentlichkeit ihre Genugtuung darüber herauszustellen, daß die Staatsratserklärung bei der Erörterung der unterschiedlichsten Fragen stets den Menschen in den Mittel-

punkt stellte und darin die Übereinstimmung in den Grundfragen sowohl von der marxistischen als auch von der christlichen Ethik her sichtbar wurde. Es stand für die Initiatoren dieser Aktion von vornherein auch fest, daß das Beispiel der 32 000 Unterzeichner zugleich Aufruf an alle Christen in unserem Staat sein sollte, die Zusammenarbeit der demokratischen und humanistischen Kräfte bei der Lösung der Lebensfragen unserer Nation noch stärker entwickeln zu helfen. Es war ihnen auch völlig klar, daß diese Gemeinsamkeit die eindeutigste und entschiedenste Absage an den Mißbrauch des Christentums im Dienste des westdeutschen Klerikal-Militarismus verkörpert.

Eine solche profilierte Eindeutigkeit war auch deshalb notwendig, weil in der Zeit vom 12. bis 17. Februar 1961 die Synode der EKD tagen und einen endgültigen Beschluß über den Kirchentag 1961 fassen wollte. Die Regierung der DDR hatte vorgeschlagen, ihn in Leipzig durchzuführen, um seinen Mißbrauch für Zwecke des kalten Krieges zu verhindern. Die kirchliche Reaktion jedoch wollte ihn in Berlin — d. h. auch in der Frontstadt Westberlin — veranstalten, auf keinen Fall aber in der DDR. Die klerikalen Vertreter des kalten Krieges fürchteten einen Kirchentag des Friedens und der Verständigung in unserer Republik. Lieber wollten sie den Kirchentag ausfallen lassen und durch eine gezielte Propaganda dann der DDR die Schuld daran aufbürden.

Angesichts dieser sich zuspitzenden Situation, die der Reaktion im Hinblick auf die bevorstehende Bundestagswahl nur recht war, mußte also den Christen in der DDR unmißverständlich gesagt werden, daß sich die Haltung unseres Staates nicht gegen die Kirchen und gegen die friedliebenden Christen richtete, sondern allein gegen den politischen Mißbrauch des Kirchentages zu Provokationen der Militärkirche gegen unseren Staat. So wollte die DDR die Kirchentagsbesucher davor bewahren, in den Sog des kalten Krieges hineingezogen zu werden.

Eine solche Begegnung zwischen dem höchsten Repräsentanten der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik und einer Delegation, die in sich Angehörige der unterschiedlichen christlichen Gruppierungen dieses Staates vereinte, mußte darauf angelegt sein, die westdeutschen verständigungsbereiten Kräfte, etwa die Angehörigen der „Kirchlichen Bruderschaften“, die sich in ihrer „Heidelberger Erklärung“ für die Anerkennung der DDR ausgesprochen hatten, für ihren Kampf innerhalb und außerhalb der Synode zu stärken. Angesichts dessen, daß die westdeutschen reaktionären Kräfte in der sogenannten „gesamtdeutschen“ Synode noch immer das zahlenmäßige Übergewicht besaßen und auf dieser Synode die Neuwahl des Ratsvorsitzenden vor sich gehen sollte, kam diesem Akzent erhöhte Bedeutung zu. Letzten Endes würde, so meinten die Initiatoren der Aktion mit Recht, die Überreichung der Unterschriften eine entsprechende Aus-

wirkung auf den Kampf aller friedliebenden und verständigungsbereiten westdeutschen Christen haben.

Schließlich war eine solche Aktion geeignet, die loyal unserem Staat gegenüberstehenden Geistlichen in unserer Republik in ihrer Haltung zu bestärken und diejenigen, die – wie die vor dem 9. Februar geführten Gespräche erwiesen hatten – selbst kaum noch Illusionen über die westdeutsche Entwicklung hegten, sich jedoch noch nicht zu einem vollen Ja gegenüber unserem Staat durchgerungen hatten, weiter an die Position der fortschrittlichen Kräfte heranzuführen.

Alle diese Erwartungen erfüllte die Begegnung in vollem Maße. Ohne auf den Ablauf des Gesprächs sowie auf einzelne Gesichtspunkte und Aspekte näher einzugehen, sollen nachstehend die hervorstechendsten und wichtigsten Ergebnisse der Begegnung skizziert werden. Wir tun dies durch Anführung einiger Zitate aus einer Rede des stellvertretenden Generalsekretärs der CDU, Wolfgang H e y l :

● „Das Gespräch vom 9. Februar bedeutete für die beteiligten Christen selbst die Praktizierung und Bezeugung ihres Glaubens in aller Öffentlichkeit. Damit bestätigte es unsere Auffassung, daß die Übernahme politischer Verantwortung zu einem wesentlichen Bestandteil der christlichen Existenz heute geworden ist.“

● „In der historischen Begegnung vom Februar 1961 wurde jeder weltanschauliche Synkretismus, die Vermischung verschiedenartiger Anschauungen, von beiden Seiten her strikt abgelehnt. Mit Nachdruck betonte der Vorsitzende des Staatesrates: ‚Unsere philosophischen Meinungsverschiedenheiten, die wir gar nicht verkleinern wollen, können doch die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die humanistischen und sozialen Ziele des ursprünglichen Christentums und die humanistischen und sozialen Ziele des Sozialismus so weitgehend übereinstimmen, daß sich ein Zusammengehen geradezu aufdrängt.‘“

● „Mit Nachdruck hebt Walter Ulbricht hervor: ‚Ich möchte weder die christliche Lehre noch die christlichen Kirchen in einen Topf mit dem Kapitalismus und Imperialismus werfen.‘ Er fährt dann fort: ‚Deswegen spreche ich ausdrücklich von imperialistischen Ideologien, obwohl bekannt ist, daß die Kirchenführungen schwere Schuld auf sich geladen haben, indem sie sich sehr lange Zeit vom Kapitalismus und Imperialismus mißbrauchen ließen und besonders jetzt in Westdeutschland noch immer mißbrauchen lassen.‘“

Als Politiker macht Walter Ulbricht hier auf einen Unterschied aufmerksam, der für den Christen selbst von außerordentlicher Bedeutung ist. Es ist der Unterschied zwischen denen, die versuchen, als Christen nach den Geboten des Evangeliums im persönlichen Leben und im gesellschaftlichen Raum zu schaffen und zu wirken, und denen, für die der christliche Glaube nur eine Tarnung ist, hinter der sie Pläne

schmieden und Ziele verfolgen, die der evangelischen Botschaft aufs schärfste entgegengesetzt sind.⁴⁹⁾

Das Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU veröffentlichte in einer Broschüre die Dokumente des Gesprächs vom 9. Februar 1961. In seinem Vorwort führte Gerald Götting aus,

„daß die Ergebnisse des Gesprächs vom 9. Februar folgerichtig in der Kontinuität der gesamten Politik der CDU in den vergangenen Jahren stehen“,

und er stellt dann fest:

„Das Gespräch bestätigte jene Erkenntnis, die unsere Partei und mit ihr unzählige christliche Menschen in all den Jahren ihrer Mitarbeit am Aufbau unseres Friedensstaates gewonnen haben: Der Platz, den der Christ in der sozialistischen Gesellschaftsordnung einnimmt, wird einzig und allein bestimmt durch die Leistungen, die er für die Gestaltung einer neuen Welt des Friedens und der Menschlichkeit zu vollbringen imstande ist.“⁵⁰⁾

Nach diesem Gespräch, das als Magna Charta der brüderlichen Zusammenarbeit zwischen Christen und Marxisten in die Geschichte unserer Republik eingehen wird, stellte der Hauptvorstand der CDU den Parteiverbänden die Aufgabe, alle Mitglieder der CDU und die parteilosen Christen mit dem Inhalt, den Ergebnissen und der hohen Bedeutung des Gesprächs bekannt und vertraut zu machen. In wiederum Tausenden von Aussprachen konnten nun auf der Grundlage der Begegnung die grundsätzliche Linie der Politik unseres Staates und die aktuellen Aufgaben noch besser erläutert werden.

Im Zuge dieser von großer Bereitschaft getragenen Aktion stellte sich heraus, daß der Geist des Gesprächs einerseits seine fruchtbaren Auswirkungen bis weit in die Kirchengemeinden hinein hatte und andererseits seitdem das gemeinsame Wirken von Christen und Marxisten auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens davon positiv beeinflußt wurde und noch wird. Hinzu kommt, daß seitdem immer mehr und immer qualifizierter christliche Bürger an der Lösung der Aufgaben des umfassenden sozialistischen Aufbaus mitwirken, weil sie besonders von dieser Begegnung her zu der Erkenntnis gelangten, daß die DDR auch die Heimat der friedliebenden und fortschrittlichen Christen ist und mit diesem Gespräch das rechte Verständnis für die christliche Existenz im Sozialismus erleichtert wurde.

Auch die Auswirkung der Begegnung über die Grenzen der DDR hinaus ist bedeutsam. In einem Interview mit Dr. theol. Herbert T r e b s (MdV) beantwortet dieser die Frage, ob man sagen könne, daß das Gespräch auch über den Bereich der DDR hinaus gewirkt hat, wie folgt:

⁴⁹⁾ in: Gemeinsame Verantwortung für eine friedliche Zukunft, Berlin 1962, S. 24

⁵⁰⁾ in: Christen und Marxisten verbinden gemeinsame Ziele und Ideale, Berlin 1961, S. 5

„Vor allem ist das Resultat des Gesprächs vom 9. Februar 1961, die Tatsache der Neuorientierung der Kirchen und der Christen in der DDR, eine große Hilfe für alle Friedenskräfte in der Weltchristenheit. Der Hinweis auf das normale kirchliche und christliche Leben in unserem Staate erleichtert ihnen, für eine De-facto-Anerkennung der DDR durch westliche Staaten als Beitrag zur Entschärfung der weltpolitischen Spannungssituation und damit für Koexistenz, Frieden und wirksame Abrüstungsschritte einzutreten. So wirkt das Ergebnis des Gesprächs auch dort, wo man von seinem Inhalt und vielleicht sogar von seinem Stattfinden wenig oder nichts weiß.

Man ist sicherlich berechtigt zu sagen, daß die ‚Erwärmung des kirchenpolitischen Klimas‘ in der DDR auf die Atmosphäre in der Prager Christlichen Friedenskonferenz ausgestrahlt hat, die ihrerseits wieder auf die Lösung des Deutschlandproblems drängt. Schließlich bestätigt der Trend, den die Enzyklika ‚Pacem in terris‘ im katholischen, orthodoxen und ökumenischen Raum ausgelöst bzw. verstärkt hat, daß bereits am 9. Februar 1961 ein Weg markiert wurde, der mit der globalen Gesamtentwicklung übereinstimmt.“⁵¹⁾

Zusammenfassung und Ausblick

Mit dem Gespräch vom 9. Februar 1961 und seinen Auswirkungen hat der Prozeß der Normalisierung des Verhältnisses der Kirchen zum Staat in der DDR sowie der immer wirkungsvolleren Gestaltung der Zusammenarbeit von Marxisten und Christen entscheidende Impulse empfangen, aber natürlich noch nicht seinen Abschluß gefunden. Sowohl die Partei der Arbeiterklasse, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, als auch die Staatsorgane wie auch die Christlich-Demokratische Union sahen in den folgenden Jahren ihre Aufgaben darin, an diesem Prozeß weiterzuarbeiten, zumal die Anhänger und Verfechter der Militärkirche, die restaurativen klerikalen Kräfte Westdeutschlands, auch nach den Sicherungsmaßnahmen der DDR vom 13. August 1961 die kirchenpolitische Konzeption des Antikommunismus weiter vertraten und noch vertreten.

Ein weiterer, sehr beachtlicher Höhepunkt in den Bemühungen um ein von beiden Seiten erstrebtes gutes und sachgerechtes Verhältnis zwischen Staat und Kirche war das am 18. August 1964 zwischen dem Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, und Landesbischof D. Mitzenheim geführte Wartburggespräch über die derzeitigen Lebensfragen unseres Volkes. In diesem Gespräch stand die gemeinsame humanistische Verantwortung im Vordergrund. Durch dieses Ge-

⁵¹⁾ in: Neue Zeit vom 8. 2. 1965

spräch bewahrheitete sich erneut, was Prof. J. L. Hromádka in seiner Schrift „An der Schwelle des Dialogs“ schreibt:

„Das Gespräch zwischen den Bekennern des Evangeliums und den Kommunisten kann nur dann fruchtbar sein, wenn beide zu den Fundamenten ihres Glaubens und ihrer Überzeugung zurückgehen und folgerichtig ihre Grundsätze, den Ausgangspunkt ihres Reflektierens und die praktische Zielsetzung durchdenken. Es geht mir hier nicht um ein Kompromiß oder gegenseitige Anpassung. Es geht hier auch nicht um eine Synthese, die zuweilen von einzelnen oder von ganzen geistig und kulturell tief geschiedenen Gruppen gewünscht wird. Redlichkeit im Denken und Sauberkeit im Handeln sind unumgänglich für einen wirksamen und fruchtbaren Dialog.“⁵²⁾

Es kann als Erfolg unserer Politik verbucht werden, daß in diesem Sinne von den Vertretern der Kirchenleitungen und den Geistlichen in immer stärkerem Maße das sachliche Gespräch auch über Fragen und Probleme unseres politischen, ökonomischen und geistig-kulturellen Lebens gewünscht, gesucht und begrüßt wird. Die Christlich-Demokratische Union sieht, wie das ihre Haltung und ihre Aktivität auch in den Jahren nach 1961 bewiesen haben, in der Unterstützung und Förderung dieses Bemühens eine ihrer wichtigsten Aufgaben, ein entscheidendes Feld ihrer politisch-ideologischen Arbeit.

Der Prozeß der Normalisierung des Verhältnisses der Kirchen zum Staat sowie der damit in ursächlichem Zusammenhang stehende Prozeß der Festigung der politisch-moralischen Einheit unseres Volkes sind geeignet gewesen, auch über die Grenzen der DDR hinaus einen Anstoß zu fruchtbaren Beziehungen zwischen Christen und Marxisten zu geben. Das gilt sowohl für Westdeutschland als auch für das kapitalistische Ausland. Vor allem haben unsere Erfolge den westdeutschen Friedenskräften dokumentiert, daß der Kampf gegen Imperialismus und Krieg, gegen Revanchismus und atomare Aufrüstung nur gemeinsam mit der Arbeiterklasse zum Erfolg geführt werden kann.

Mit den bisherigen Ergebnissen des hier untersuchten Prozesses ist ein Modellbild dafür geschaffen, wie in einem zukünftigen einheitlichen, friedlichen und demokratischen Deutschland das Verhältnis der Kirchen zum Staat gestaltet werden kann und welches sichere Unterpfand eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von Christen und Marxisten für die friedliche und gesicherte Zukunft des Volkes und wie auch für die Perspektive der Kirchen darstellt. Damit hat die Deutsche Demokratische Republik auch in dieser Hinsicht beachtliche Vorleistungen für das Deutschland der Zukunft erbracht.

⁵²⁾ Hromádka, An der Schwelle des Dialogs, Berlin 1964, S. 87

Inhalt

Vorwort	3
1. Die grundsätzliche Haltung des sozialistischen Staates zur Kirche und zur Religionsausübung	7
2. Der Anfang 1958 erreichte Entwicklungsstand im Prozeß der Herstellung normaler Beziehungen zwischen Staat und Kirche in der DDR	14
3. Das Wirken der CDU für die weitere Normalisierung der Beziehungen der Kirchen zur Staatsmacht in der DDR in der 1958 beginnenden dritten Etappe der kirchenpolitischen Nachkriegsentwicklung	18
4. Die christlich-demokratischen und anderen kirchlich gebundenen Lehrer ließen sich nicht gegen den sozialistischen Staat und seine Politik ausspielen	21
5. Das Kommuniqué vom 21. Juli 1958 und sein Einfluß auf das weitere Wirken der CDU zur Ausgestaltung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche	28
6. Die Programmatische Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates und ihre Bedeutung für das weitere Wirken der CDU	33
7. Das Gespräch vom 9. Februar 1961 — eine entscheidende gesellschaftliche Aktion	36
8. Zusammenfassung und Ausblick	42

- 104 Ulrich Kutsche: Friede in wehrhaften Händen
- 105 Hans Kistner: Blickpunkt Südafrika
- 106 Dr. Rudi Rost: Die Arbeit mit den Menschen sachkundig organisieren
- 107 Rolf Börner: Fortschrittliche Christen im 19. Jahrhundert und ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse
- 108 Gerald Götting: Gute Planerfüllung ist die beste Außenpolitik
- 109 Günter Wirth: Vom Schicksal christlicher Parteien 1925-1934
- 110/111 Gertrud Illing: Zum Scheitern verurteilt
- 112 Walter Bredendiek: Emil Fuchs und die Anfänge des Christlichen Arbeitskreises beim Friedensrat der DDR
- 113 Dr. Hubert Faesen: Der Beitrag des christlichen Schriftstellers zur sozialistischen Nationalliteratur
- 114 Prof. Dr. Hans-Hinrich Jenssen: Politische Diakonie im Sozialismus
- 115 Günter Wirth: Weltpolitik und Weltchristenheit
- 116 Gerald Götting: Perspektive und Verantwortung junger Christen im Sozialismus
- 117 Dr. rer. oec. habil. Harald-Dietrich Kühne: Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und nationale Wirtschaft
- 118 Gertrud Illing: Kreuzzugswahn in Vergangenheit und Gegenwart
- 119 Prof. Dr. Tamás Esze: Der Weg der Reformierten Kirche Ungarns
- 120 Mein Bund ist Leben und Frieden (Die II. Allchristliche Friedensversammlung 28. 6. bis 3. 7. 1964 in Prag)
- 122 Otto Nuschke: Koexistenz - das ist heute der Friede
- 123/124 Johannes Zukertort: Hans von Seeckt
- 125 Gerald Götting: Die Mitarbeit der christlichen Bürger in der Deutschen Demokratischen Republik dient der friedlichen Zukunft der Nation
- 126 Wolfgang Heyl: Wissenschaftliche Leitungstätigkeit - Voraussetzung neuer Erfolge
- 127 Prof. Dr. Neuhaus: Dauerhafte Friedensordnung durch Vertrauen und Verträge
- 128 Heinz Blüttner u. a.: Sieg der Gemeinsamkeit - Glück des Volkes
- 129 Siegfried Welz: Die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz - Prinzip sozialistischer Außenpolitik
- 130 Gerald Götting: Wir gestalten das neue Deutschland
- 131 Dr. rer. oec. habil. Harald-Dietrich Kühne: Der Aufbau des Systems ökonomischer Hebel in der Planwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik

- 132 Carl Ordnung: Politisches Handeln im Leben und Denken
Dietrich Bonhoeffers
- 133 Dr. h. c. Otto Nuschke: Verantwortung der Deutschen für
Sicherheit und Frieden (Hauptreferat auf dem
4. Deutschen Friedenskongreß im April 1955 in Dres-
den). Mit einer Einleitung von Walter Bredendiek
- 134 Wolfgang Heyl: Drei Parteitage – Worte und Wirklichkeit
in der Politik der CDU / CSU
- 135 Gerald Götting: Zwanzig Jahre Christlich-Demokratische
Union – zwanzig Jahre gemeinsamen Kampfes für
Frieden und Sozialismus, für das Glück des Volkes
- 136 Horst C. Herrmann: 20 Jahre danach – Deutschland und der
Geist von Potsdam
- 137 Pfarrer Károly Tóth: Aufgaben der Kirche in einer sich
wandelnden Welt – Bericht über die 19. Generalver-
sammlung des Reformierten Weltbundes
- 138 Günter Bauer: Wissen ist Macht – Die Mitverantwortung
der christlichen Demokraten für die Ausgestaltung
des sozialistischen Bildungssystems
- 139 Siegfried Baltrusch: Für Deutschlands Frieden und Deutsch-
lands Zukunft
- 140 Wolfgang Heyl: Zwanzig Jahre demokratische Bodenreform
- 141 Erwin Krubke / Gerhard Mischel: „Formierte Gesellschaft“
– „Idee“ und Wirklichkeit des Staatsmonopolismus in
Westdeutschland
- 142 Walter Bredendiek: Reflektierte Geschichte – Die Entwick-
lung der Gesellschaft und die Stellung von Kirche
und Theologie seit 1900 im Spiegel der Lebenserinne-
rungen deutscher Theologen. Eine Dokumentation.

Verkaufspreis 0,50 MDN – Doppelheft 1,- MDN